

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 246 · 21. JAHRGANG · AUSGABE 7/2015 VOM 21. JULI 2015 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Zwei Jahrzehnte
Barnimer Bürgerpost**
Ein Rückblick

8 | **Zwischen Drehbank
und CNC-Fräse**
Kreativschaffende in Eberswalde

13 | **Parteiaustritt
nach 70 Jahren**
Ein Gespräch mit Dr. Helmut Koch

Kanaltheater im EXIL:

Die Welt ist in Gefahr – Rettung naht aus Eberswalde

Eberswalde (gm). Die Veranstalter nannten das Event »open air trash punk disko theater«. Das Sammelsurium der Bezeichnungen beschreibt durchaus treffend die verwendeten Formen. Trash-Punk kollidierte mit betont langweilig-formalen Diskosound. Die anarchische Lebensauffassung der »postapokalyptischen Punker« trifft auf extremistische »Naturfreund_innen« mit einem Hang zur Ökodiktatur und »Bionazis« einer »national befreiten Zone«, die nur »deutsches Gemüse« aus »deutscher Erde« akzeptieren. Darüber schwebten offenbar weltfremde »Elfen« und ein Sonderling, der auf die Erlösung durch Außerirdische wartet.

All diesen gegenüber stand die »normale Welt« des »Zentrums«, auf das sich angesichts der zerstörerischen Naturkatastrophen bis zum Jahr 2032 die »Vernünftigen« dieser Welt zurückziehen, um an ihrer Lebensweise auch um den Preis der Knechtung des Individuums festzuhalten. Die »Rettung« kommt am Ende aber nicht von den diversen »Aussteigern«, sondern von den »Widerständlern« im »Zentrum«.

Foto: GERD MARKMANN



Schulsozialarbeit in Eberswalde:

»Immerhin ist es nun rechtsgültig«

Bürgermeister Boginski folgte der Forderung der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde zur Beanstandung

Eberswalde (bbp). Im Herbst 2013 hatte Carsten Zinn mit der damaligen Fraktion Die Linke/Allianz freier Wähler die Initialzündung dafür gelegt, daß es heute Schulsozialarbeit an allen drei städtischen Grundschulen gibt. Damals gab es nur 8 Wochenstunden Schulsozialarbeit an der Grundschule Schwärzese. Statt der geforderten drei Vollzeitstellen bewilligte die Stadtverordnetenversammlung im Frühjahr 2014 allerdings nur 80 zusätzliche Stunden, von denen 30 der Schwärzeseeschule sowie je 25 der Bruno-H.-Bürgel-Schule und der Grundschule Finow zugute kommen sollten. Träger wurde der Berufsbildungsverein Eberswalde, der allerdings Schwierigkeiten hatte, die bewilligten Stellen zu besetzen (vgl. »Der Hütchenspieler im Rathaus« in BBP 6/2015).

Der ehemalige Finanz- und nunmehr Sozialdezernent Bellay Gatzlaff nutzte die Chance, 9 der bislang 88 Wochenstunden einzusparen. Zugleich wollte der Dezernent, daß der Hauptausschuß diesen Coup durchwinkte. Er baute zu Recht darauf, daß die Mehrheit der Fraktionen die für die Schulsozialarbeit verlorenen 9 Wochenstunden schlucken würden. Die Warnrufe von Carsten Zinn (nunmehr in der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde) verhallten unbeachtet.

Dabei betrafen die Warnungen nicht nur den Fakt der verlorenen 9 Wochenstunden, sondern auch das undemokratische Procedere, das sich nicht zuletzt sogar in der schludrigen Redaktion des vorgelegten Beschlußvorschlages zeigte. Die Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde forderte daher den Bürgermeister auf, den Beschluß des Hauptausschusses gemäß § 55 BbgKVerf zu beanstanden: »Der Hauptausschuß hat mehrheitlich der Beschlußvorlage zugestimmt und sie damit

zum Beschluß erhoben. Wie wir bereits in der Diskussion im Hauptausschuß ausgeführt haben, war die Beschlußfassung durch den Hauptausschuß nach Auffassung unserer Fraktion rechtswidrig.«

Zur Begründung führte die Fraktion an: »In der Beschlußvorlage heißt es in Satz 1 wörtlich und in Satz 2 sinngemäß, 'der Bürgermeister wird durch die Stadtverordnetenversammlung ermächtigt, ...'. In Satz 4 heißt es, daß der Beschluß (der Stadtverordnetenversammlung) vom 27.03.2015 (Beschluß-Nr. 9/67/15) 'durch die vorstehenden Beschlußpunkte abgeändert' wird.

Der Hauptausschuß ist nicht befugt, Beschlüsse im Namen und anstelle der Stadtverordnetenversammlung zu fassen. Der Hauptausschuß hat Befugnisse nur im Rahmen des § 50 BbgKVerf. Insofern ist der Hauptausschuß auch nicht befugt, Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung abzuändern. Der durch den Hauptausschuß gefasste Beschluß ist daher rechtswidrig.«

Bürgermeister Friedhelm Boginski handelte sofort. Er beanstandete den Beschluß und veranlaßte, daß er als Eilvorlage der Stadtverordnetenversammlung, die eine Woche nach dem Hauptausschuß am 25. Juni tagte, vorgelegt wurde.

Dort fand der Beschluß freilich wiederum eine Mehrheit. Diesmal aber rechtsgültig. Die Forderung der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde: »Dabei ist darauf zu achten, daß es keine Kürzung der beschlossenen 80 zusätzlichen Wochenstunden für Sozialarbeit an den drei städtischen Grundschulen gibt. Die ungenutzten 9 Wochenstunden müssen ggf. neu ausgeschrieben werden.« blieb wiederum unbeachtet. Ebenso der Vorschlag, »die 9 Wochenstunden um die erforderliche Stundenzahl zu erweitern, die eine weitere Vollzeitstelle ermöglicht«.

Vielfalt statt Einfalt

Manches läßt sich erst nach einer gewissen Zeit beurteilen und offenbart dann auch einen tieferen Sinn. Mit dieser Absicht haben wir uns auf unserem Pressefest unter anderem mit der Ökonomie unserer Zeitung befaßt. Als gemeinschaftliches Werk entstanden in den vergangenen zwanzig Jahren in freiwilliger, konzentrierter Arbeit 245 Ausgaben der »Barnimer Bürgerpost«, mit der wir ein unverzichtbarer Teil der öffentlichen Kultur in Eberswalde geworden sind. Wir haben bewiesen, daß ein offener und fruchtbarer Meinungs austausch ohne Zwang und Bevormundung möglich ist. Durch die Vielfalt der Meinungen überwinden wir Einfalt im Denken.

Der Erfolg der Zeitung beruht unter anderem auf einem einfachen ökonomischen Prinzip. Mit den Erlösen aus dem Verkauf der Zeitung begleichen wir unsere Ausgaben für Satz, Papier, Druck und Versand. Die Texte erhalten die Leser deshalb kostenlos, weil die Autoren kein Geld für ihre Texte bekommen.

Unsere Ökonomie ist so einfach wie sicher und weist außerdem in die Zukunft. Natürlich muß man als wesentliche Voraussetzung für die Beteiligung an unserer Kommunikation eigene Gedanken so aufschreiben können, daß sie andere lesen wollen. Bei uns weiß jeder von Anfang an, daß alle Artikel unbeschränkt vielfältig werden können. Die Verbreitung unserer Gedanken ist ja ausdrücklich erwünscht und der Grund für unsere Arbeit. Urheberrecht und Geheimhaltung spielen deshalb keine Rolle. Unproduktiver Streit um Honorare macht keinen Sinn. Auch ließ sich Honorarschreiberei zu Erwerbszwecken nicht erkennen.

Unsere Autoren lernten, daß man für wertvolle Gedanken, auch wenn man sie als lesbaren Text formuliert kann, kein Geld erwarten sollte. Unsere Leser wissen, daß gute Texte nicht teuer sein müssen.

Außerdem trägt die Zeitung zu Entwicklung und Wachstum bei. Einerseits weil Schreiben und Lesen bildet und das Gehirn trainiert. Andererseits weil man durch Gedankenaustausch die Realität besser verstehen kann. Unsere Autoren haben ihre ungenutzten geistigen Ressourcen für ihre Leser verfügbar gemacht und sind dadurch selbst reicher geworden.

Diese Aspekte verweisen auf die Zukunft der geistigen Arbeit. Die geistigen Werke müssen zukünftig immer billiger werden, weil immer mehr gut ausgebildete Menschen Zeit und Mühe haben und sich äußern können und wollen. Außerdem lassen sich die Ergebnisse geistiger Arbeit immer besser speichern und verbreiten. Das erscheint bedrohlich für Jemanden, der davon leben will.

Bitte liebe Autoren und Leser verdrängt diesen Sachverhalt nicht, sondern nutzt eure Zeit produktiv. Sucht nach Nutzen für eure Leser, wenn ihr etwas schreiben wollt.

Denn soviel Zeit muß einfach sein.

Dr. MANFRED PFAFF

Wieviel Gehalt braucht ein Bürgermeister?

Seit Juni 2015 haben die zwei größten spanischen Städte, Madrid und Barcelona, neue Bürgermeisterinnen: die ehemalige Richterin Manuela Carmena vom Bündnis Ahora Madrid und die Aktivistin Ada Colau von Barcelona en Comú.

Linke Wählerbündnisse wie diese beiden gingen bei den Regional- und Kommunalwahlen im Mai, zusammen mit der aus der Protestbewegung 15-M entstandenen Partei Podemos, als Gewinner hervor und konnten den etablierten Parteien, der konservativen Regierungspartei Partido Popular (PP) und der sozialdemokratischen Partido Socialista Obrero Español (PSOE), viele Stimmen abnehmen.

Beide Damen machten sich sofort daran, eines ihrer Wahlversprechen einzuhalten: Den Kampf gegen wirtschaftliche Ungerechtigkeit. Und sie fangen bei sich selbst an.

Beide haben angekündigt, ihr Gehalt erheblich zu kürzen. Entsprechend dem Ethik-Kodex

des Wahlbündnis Barcelona en Comú, der für gewählte Abgeordnete der Gruppierung und Abteilungsleiter des Rathauses ein Nettogehalt von 2.200 Euro inkl. Sitzungsgeldern vorsieht, wird Ada Colau etwa 37.000 Euro brutto im Jahr beziehen [Berechnung: 14 Monatsgehälter á 2.200 Euro plus 20 % Steuern], knapp ein Drittel des Gehaltes ihres Vorgängers (110.000 Euro plus Sitzungsgelder).

Manuela Carmena kürzt ihr Gehalt und das ihrer Stadträte von 100.000 Euro bzw. 62.010 Euro auf 45.402 Euro bzw. 36.321 Euro. Die Gehaltskürzung wird die anderen politischen Gruppen aber nicht berühren, da diese, so Carmena, das Recht hätten, die im Plenum festgesetzten Gehälter zu erhalten.

Wieviel Geld mehr für notwendige Ausgaben und Investitionen hätten die Kommunen, wenn sich auch anderswo Bürgermeister und Co. daran ein Beispiel nähmen?

SILKE MARKMANN

Klage gegen 380 kV-Freileitung Bertikow-Neuenhagen:

Im September wird verhandelt

Seit 2008 kämpft die Bürgerinitiative »Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat« gegen die von einstmalig von Vattenfall, jetzt von 50Hertz geplante 380 kV-Freileitung durch das Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin, bedeutende Vogelschutzgebiete und die Städte Angermünde und Eberswalde.

Ende des letzten Sommers wurde der Planfeststellungsbeschuß veröffentlicht und auf Anregung der BI vom NABU-Brandenburg und anderen Betroffenen dagegen vor dem Bundesverwaltungsgericht Klage erhoben. Aufgrund des von unserem Anwalt beantragten Rechtsschutzersuchens verfügte das Bundesverwaltungsgericht einen einstweiligen Baustopp, bis über das Rechtsschutzersuchen entschieden sei.

Der Baustopp greift bis heute und wird bis zum 16.9.2015 greifen. An diesem Tag findet um 10 Uhr die mündliche Verhandlung der Klage statt. Das Gericht wird also nicht erst über das Rechtsschutzersuchen befinden, sondern gleich über die Klage verhandeln.

Die Klage, die im Herbst 2014 eingereicht wurde, stützt sich auf die Gutachten von drei Sachverständigen, die die Notwendigkeit der Leitung und ihre Ausführung als Freileitung in

Zweifel ziehen und vor allem natur- und landschaftsschutzfachliche Gesichtspunkte gegen den ergangenen Planfeststellungsbeschuß ins Feld führen.

Alle unsere Gutachter, das konnte im Vorfeld geklärt werden, werden an der mündlichen Verhandlung teilnehmen.

Die Bürgerinitiative »Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat« appelliert an alle Betroffenen, sowie sie es ermöglichen können, die Verhandlung am 16.9.2015 im Bundesverwaltungsgericht in Leipzig zu verfolgen.

Die BI sieht der mündlichen Verhandlung vor dem Bundesverwaltungsgericht mit Zuversicht entgegen. Die Klage ist gut begründet, unsere Expertise ist auf dem neuesten Stand und wir hoffen, daß damit der Konflikt, der uns nun schon im siebten Jahr beschäftigt einem guten Ende zugeführt wird.

HARTMUT LINDNER

Windhose knickt Masten

Eisleben (bbp). Wie der Netzbetreiber 50Hertz mitteilt, hat eine Windhose am 7. Juli bei Eisleben (Sachsen-Anhalt) 14 Höchstspannungsmasten der 380-kV-Leitung zwischen Lauchstädt/Klostermansfeld und Wolmirstedt umgeknickt und drei weitere Masten beschädigt. Der Schaden ereignete sich aufgrund eines schweren Unwetters, das im Süden Sachsen-Anhalts weitere erhebliche Schäden, etwa abgedeckte Häuser, überflutete Straßen und umgeknickte Bäume, anrichtete. Die Stromversorgung sei trotz der Schäden weiterhin gewährleistet, versicherte 50Hertz. Zunächst werde das Umspannwerk bei Eisleben über eine provisorische Leitung wieder an einen zweiten Stromkreis angebunden.

Die Barnimer Gegend ist sehr beliebt.

Schön, daß es dort eine Bürgerpost gibt.

Nun wurde sie 20, es ist kein Traum.

Bei ihrer Geburt, da kannte man sie kaum.

Sie hat viele Freunde, 'ne Menge Leute

kommen alle zum Geburtstag heute.

Sie wird von den Bürgern für Bürger geschrieben, das wird es sein, weshalb wir sie lieben!

Viel Glück zum Geburtstag – macht weiter so!

DIE ROTE OMA

20 Jahre Barnimer Bürgerpost

Am 6. Juni hat sich die »Barnimer Bürgerpost« mal selbst gefeiert. Anlaß war das 20jährige Jubiläum des Herausgebervereins. Wie angekündigt beginnen wir in dieser Ausgabe mit der Veröffentlichung der Kolloquiumsbeiträge. Als erster ergriff der Redakteur der »Barnimer Bürgerpost« GERD MARKMANN das Wort.

»Was ich allein nicht sagen konnte, das sagte ich mit euch... es braucht der Mensch die andern Menschen und die die brauchen ihn. So kann er sein Avantgarde und kühn. Oh Freunde, unsere Erdentour, läßt in der Erde eine Spur«, zitierte er aus dem Lied »Weggefährten« der Gruppe Renft, um an die zahlreichen Weggefährten zu erinnern, die den 20jährigen Weg der »Barnimer Bürgerpost« begleiteten. »Einige von ihnen sind nicht mehr unter uns. Wir vergessen sie nicht.«

Wie fing es an: »Am 24. Mai 1995 versammelten sich im Restaurant C'est la vie in Eberswalde die auf der Anwesenheitsliste verzeichneten 12 Personen. Herr Dr. Manfred Pfaff eröffnete die Versammlung. Er erklärte, daß man am heutigen Tage zusammengekommen sei, um die Gründung eines Vereins zu vollziehen. Die Gründe dafür erläuterte er anhand der im Satzungsentwurf dargelegten Vereinszwecke. Sodann fragte Herr Dr. Pfaff, ob die Anwesenden mit der Vereinsgründung einverstanden seien. Diese Frage wurde von den Versammlungsteilnehmern einstimmig bejaht.« (aus dem Gründungsprotokoll des Barnimer Bürgerpost e.V.) Vier Monate später, am 22. September, erschien die erste Ausgabe unserer »unabhängigen Leserzeitung«.

Es war kein Zufall, daß wir gerade vor fünf Jahren den Versuch wagten, Grenzen überschreitend in Neuland vorzustößeln. In Eberswalde garte es. Die Unzufriedenheit über die mit Unfähigkeit gepaarte Machtarroganz der damaligen Stadtregierung verband sich mit sozialen Ängsten, die sich in der Abwasserbewegung kanalisierten. Die Abwahl des SPD-Bürgermeisters am 25. Juni 1995 geriet zum Höhepunkt einer Bewegung, die phasenweise an das Aufbegehren von 1989/90 erinnerte. Im gewissen Sinne ist die »Barnimer Bürgerpost« ein Kind und aktiver Teil dieser Eberswalder Bewegung. Es schien, als eröffneten sich für einen kurzen Moment Chancen, die fünf Jahre nach der Wende schon wieder stark verkrusteten Machtstrukturen wenigstens auf der kommunalen Ebene aufzubrechen und einer demokratischen Erneuerung Raum zu geben, die auf Ausgrenzungen verzichtet und die Bürgerinnen und Bürger zum aktiven Gestalter von Politik werden läßt.

Auch das ist zitiert – aus dem Vorwort zur Sonderausgabe anlässlich unseres 5. Geburtstages »Das Gewicht des Wortes«.

In dieser Broschüre gibt es ein eigenes Kapitel zu den Ursprüngen der »Barnimer Bürgerpost« mit dem Titel »Vom Parteiblättchen zur unabhängigen Leserzeitung«. Diesen Abschnitt der Vereinsgeschichte kann ich hier also sparen.

Die erste Ausgabe der »Barnimer Bürgerpost« erschien am 22. September 1995 in einer Auflage von 1000 Exemplaren und im Offsetdruck hergestellt. Die neue Zeitung erschien zunächst 14tägig in einem Umfang von 8 Seiten. Nach einem halben Jahr stellte sich heraus, daß der finanzielle Aufwand für den Offsetdruck zu hoch war. Auch war die ehrenamtliche Redaktion von der 14tägigen Erscheinungsweise überfordert. Nach dem Wechsel

der Druckerei erschien die »Barnimer Bürgerpost« dann ab Mai 1996 monatlich, bei gleichzeitiger Erweiterung des Umfangs auf 12 Seiten. Das sicherte die nötige stabile materielle Basis – und den Raum für neue Ideen.

1997 erweiterte der Verein seinen Handlungsrahmen. In Zusammenarbeit mit der Interessengemeinschaft der Verfolgten des Naziregimes und mehreren Jugendvereinen übernahmen wir die Trägerschaft der Forschungs- und Gedenkstätte Eisenspalterei in den Baracken des ehemaligen Außenlagers des Frauen-KZ Ravensbrück. Eine besondere Rolle hatte dabei unser Gründungsmitglied Holger Kliche, dem hierfür unser Dank gebührt. Der Barnimer Bürgerpost e.V. stellte sich damit der Verantwortung, angesichts der damals zunehmenden rechtsextremen Tendenzen für Zivilcourage und gegen Rassismus einzutreten.

1998 bis 2000 beschäftigte der Verein im Bereich Forschungs- und Gedenkstätte per ABM und SAM mehrere handwerkliche und pädagogische Mitarbeiter. Ohne Personalkosten investierte der Verein zwischen 1997 und 2002 eine Summe von 117.100 DM (knapp 60.000 Euro) in die Forschungs- und Gedenkstätte. 2002 überließen wir das Gelände des ehemaligen KZ-Außenlagers den Vereinen »Demokratisches Zentrum für demokratische Kultur, Jugendarbeit und Schule« und EXIL zur weiteren Nutzung und Entwicklung. Die beiden Vereine organisieren hier bis heute ein vielfältiges soziokulturelles Angebot (nicht nur) für junge Eberswalder.

Der Bereich Forschungs- und Gedenkstätte entwickelte sich ebenfalls zu einem eigenständigen Verein, der das Geschichtswissenschaftliche Institut Eberswalde betreibt und mit zahlreichen Veröffentlichungen hauptsächlich zum Thema Zwangsarbeit in Eberswalde während der Nazidiktatur in Erscheinung trat.

Im März 1999 gab's die 50. Ausgabe der »Barnimer Bürgerpost« mit einem neuen Layout, das auch noch das heutige ist. Ab März 2000 erschien die »Barnimer Bürgerpost« regelmäßig in einem Umfang von 16 Seiten. Im Mai 2000 gaben wir anlässlich des fünfjährigen Vereinsjubiläums das bereits erwähnte Büchlein »Das Gewicht des Wortes – Innovationen in der Barnimer Kommunalpolitik oder Wie ein Bürgermeister seine Abwahl organisierte« heraus. Der damalige Bürgermeister begriff die Lektion nicht und wurde 2006 wie schon sein Vorgänger von den Bürgern abgewählt.



Der Auftritt des Chors IWUSCHKA bildete zweifellos den kulturellen Höhepunkt des Pressefestes zum 20jährigen Bestehens der »Barnimer Bürgerpost«. Trotz der Hitze legten die Frauen einen begeisternden Auftritt hin.



Die mit 91 Jahren älteste Besucherin des Pressefestes Elisabeth Monsig, bekannt als »die rote Oma«, hatte speziell zum 20jährigen Jubiläum ein Gedicht verfaßt (siehe Seite 2), daß von »Schrammelecke« vorgetragen wurde.

Im September 2000 folgte eine thematische Sonderausgabe zu kommunalen Entwicklungen in »Altenhof«. Mit einer Sonderbeilage zusätzlich zu den 16 Seiten der Normalausgabe äußerten wir uns im März 2003 zum »Irakkrieg«.

Im Mai 2003 erschien – von uns selber unbemerkt – die 100. Ausgabe der »Barnimer Bürgerpost«. Danach haben wir begonnen, die laufende Nummer mit in den Titel zu schreiben.

Weitere thematische Sonderbeilagen erschienen im September/Oktober 2003 zur »Kommunalwahl« und im Juni 2004 zur »Kriegswaffenschau der Bundeswehr in Eberswalde«. Ab August 2004 berichtete die BBP regelmäßig über die »Montagsdemos gegen Hartz IV«. Anlässlich der 100. Montagsdemo wurden diese Beiträge zu einer Sonderveröffentlichung zusammengefaßt.

Das 10jährige Jubiläum des Barnimer Bürgerpost e.V. am 24. Mai 2005 fiel zusammen mit der 125. Ausgabe der »Barnimer Bürgerpost«. Danach gingen wir zur Routine über. Jedes Jahr 12 Ausgaben mit 16 Seiten. Jedes Jahr mehr als 100 Autoren.

Die »Barnimer Bürgerpost« ist ein lebendiges Projekt. Was sich auch an unserem Pressefest zeigt. Es funktioniert einfach so, ohne großartige professionelle Organisation und ohne großen Kapitaleinsatz. Weil viele mitmachen wollen und das dann auch einfach tun.

Abriß ist »notwendig«

Ergibt sich die Notwendigkeit, die Stadtumbaustategie zu überarbeiten?

Bezogen auf die Aktualisierung der Rückbauziele und der Quartiersentwicklung im Brandenburgischen Viertel gibt es intensive Vorabstimmungen mit den Wohnungsunternehmen im Brandenburgischen Viertel sowie dem Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung und dem Landesamt für Bauen und Verkehr. Mit Auslaufen der jetzigen Förderperiode Stadtbau II beabsichtigt die Stadt Eberswalde zur Programmaufnahme in Stadtbau III die Stadtbaustrategie 2016/2017 fortzuschreiben.

Die beiden von der WHG mbH für den Rückbau im Brandenburgischen Viertel vorgesehenen Objekte zeichnen sich durch sehr schlechten baulichen Zustand und eine hohe Leerstandsquote aus. Beide Objekte schreiben rote Zahlen (negativer Cashflow); eine Sanierung – erst recht bei fehlender Perspektive einer Neuvermietung aufgrund des demographischen Wandels – ist wirtschaftlich nicht darstellbar. Selbstverständlich wird die WHG mbH vergleichbaren Ersatzwohnraum – auch, was die Mietpreisgestaltung angeht – und ein Sozial- und Umzugsmanagement anbieten.

Die Geschäftsführung der WHG hat den Aufsichtsrat der Gesellschaft in der letzten Aufsichtsratssitzung am 17.12.2014 umfangreich über die beabsichtigten Rückbaumaßnahmen informiert; der Aufsichtsrat hat dieser Maßnahme mehrheitlich zugestimmt.

Liegt die von Herrn Sachse (DIE LINKE) angeregte Konzeption hinsichtlich der qualitativen Zusammensetzung des Wohnungsbestandes inzwischen vor?

Die Verwaltung hat zusammen mit Ernst Basler + Partner GmbH eine Expertise zum Eberswalder Wohnungsmarkt erarbeitet, die sich ausführlich mit der Angebotsseite, der Nachfrageseite, der Plazierung des Eberswalder Wohnungsmarkts im Berliner Raum auseinandersetzt. Dieser Fachbeitrag stellt Grundlagen für eine aktuelle Bewertung und Zielausrichtung für das Thema »Wohnen« dar.

Die Ergebnisse der Expertise sind in die Fortschreibung des INSEK »Eberswalde 2030« von 2014 eingeflossen. Darüber hinaus steht die Stadt Eberswalde zur Angebots- und Nachfrageentwicklung auf dem Eberswalder Wohnungsmarkt in intensivem Austausch mit Wohnungsunternehmen und Wohnungsmarktakteuren. Die Stadt wird über die Ergebnisse dieses Austausches im 1. Halbjahr 2015 den Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt informieren. [Eine Präsentation zum Thema »Wohnen in Eberswalde« gab es in der Ausschusssitzung am 12.05.2015 - bbp].

ANNE FELLNER (Antworten auf eine Anfrage)

»Informationen« statt Konfliktlösung

»Gespräch im Abrißblock« am 18. Juni

Eberswalde (bbp). Die stadteigene Wohnungsbau- und Hausverwaltungs-GmbH (WHG) will in der Potsdamer Allee 45 – 59 zwei Wohnblöcke abreißen lassen. Entgegen dem 2009 beschlossenen Integrierten Programmübergreifenden Stadtteilentwicklungskonzept (IPStEK). Seit dem Bekanntwerden der Pläne regt sich der Widerstand. Der im Wahlkreis Eberswalde direkt gewählte Landtagsabgeordnete Daniel Kurth (SPD) griff das Problem auf und verabedete mit Eva-Maria Lauff, der Leiterin des Familienzentrums in der Potsdamer Allee 59 als einer der betroffenen Mieter, eine Gesprächsrunde mit Verantwortlichen der WHG und der Stadtverwaltung Eberswalde.

Daniel Kurth betonte, daß es ihm darum gehe, Informationen auszutauschen. Seiner Einladung waren die Eberswalder Baudezernentin Anne Fellner sowie von der WHG die kaufmännische Prokuristin Doreen Boden und die beiden Kundenbetreuer Jens Aßmann und Sebastian Mertinkat gefolgt.

Eva-Maria Lauff ließ es sich als Gastgeberin nicht nehmen, die zahlreich erschienenen Mieter, die Presse und die WHG-Vertreter zu begrüßen. Sie dankte dem Landtagsabgeordneten Daniel Kurth, der zugleich Eberswalder Stadtverordneter und stellvertretender Landesvorsitzender der SPD ist, daß er die Kontakte zu WHG und Stadtverwaltung geknüpft hat.

Das Bekanntwerden der Abrißpläne haben die betroffenen Mieter, aber auch die Ladenbesitzer des nahen Einkaufszentrums »Heidewald« mit Entsetzen und Erstaunen aufgenommen.

Die Mieter wohnen teilweise schon 33 Jahre im Kiez und mußten zum Teil schon einmal wegen Abriß umziehen. Die Händler im Brandenburgischen Viertel fürchten, daß infolge des geplanten Abrisses ihre Kunden wegziehen. Unverständlich sei vor allem, sagte die Leiterin des Familienzentrums, daß hier ein Wohnblock abgerissen werden soll, in den in den vergangenen fünf Jahren rund eine halbe Million Euro für die Sanierung von Heizung und Versorgungsleitungen investiert wurden.

Auch der »Mut zur Lücke« verursacht Kopfschütteln. Durch den Abriß würde der Wohnblock in der Finsterwalder Straße zum »Alleinstellungsmerkmal« (vgl. »Stadtebaulicher Unsim«, BBP 2/2015). Zugleich bleiben die »Altschulden« der WHG auch nach dem Abriß erhalten.

Auf die meisten Fragen gingen weder die Baudezernentin noch die WHG-Vertreter oder der SPD-Landtagsabgeordnete ein. Die Baudezernentin Anne Fellner glänzte mit einem vierstündigen Referat zur demographischen Entwicklung in Eberswalde und im Brandenburgischen Viertel, wobei sie mit einer extrem niedrigen Einwohnerzahl irritierte (siehe »Einwohnerzahlen« auf Seite 5). Der aktuelle Leerstand von 840 Wohnungen drohe bis 2030 auf 1.500 anzusteigen. Ein solch hoher Leerstand sei für die Wohnungsgesellschaften existenzgefährdend. Deshalb müsse jetzt vorausschauend der Rückbau erfolgen.

Die Abrißpläne stehen nicht zur Disposition. Das machten die Vertreter von WHG und Stadtverwaltung, einschließlich des SPD-Landtagsabgeordneten und -Stadtverordneten klar. Aber man hatte miteinander geredet.

»Wir ziehen hier nicht aus«, hatte eine Mieterin gesagt. Von einer Konfliktlösung kann also nicht die Rede sein. Allerdings wurden die Fronten klarer.

WBG saniert Wohnungen



Die Wohnungsgenossenschaft hatte bei der ILB Fördergelder beantragt, um drei Wohnblocks in der Lausitzer und Spreewaldstraße zu modernisieren und umzubauen. Die ILB-Fördergelder wurden für die »Michaelisgärten« der WHG in der Eberswalder Innenstadt dringender gebraucht (BBP 3/2014). Daher blieben die ambitionierten Pläne der WBG auf der Strecke. Zwei der drei Wohnblocks mußten der Abrißbirne preisgegeben werden.

Nur auf Eigenmittel angewiesen, konnte die WBG nur noch kleinere Brötchen backen. Die 40 verbliebenen Wohnungen in der Spreewaldstraße wurden 2014/15 grundlegend saniert. Das Ergebnis kann sich sehen lassen.

Foto: JÜRGEN GRAMZOW

Bürgerferne Praktiken

Unter der Überschrift »Zutritt wieder gewährt« berichtete die lokale Tageszeitung am 10.07.2015 über eine weitere gemeinsame Sitzung der Kreistagsausschüsse A4 und A5. Bei der vorangegangenen gemeinsamen Sitzung der beiden Ausschüsse am 25.03.2015 zum Thema »kreisliches Energiewerk« blieb die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Mein Einspruch bei der Kommunalaufsicht des Landes gegen den Ausschluß der Öffentlichkeit führte zur Beanstandung. Die Kommunalaufsicht (MIK – Ministerium des Innern und für Kommunales) stellte fest, daß die Einberufung fehlerhaft erfolgte, der Ausschluß der Öffentlichkeit bei der Ausschußsitzung aus vergaberechtlicher Sicht nicht zu rechtfertigen war und die als nichtöffentlich bezeichneten Unterlagen keinerlei Informationen enthielten, die der Geheimhaltung unterliegen müßten.

Als Konsequenz aus dieser Beanstandung fand die erneute gemeinsame Sitzung zum gleichen Thema nun öffentlich statt. Der sitzungleitende A4-Vorsitzende beantragte zu Beginn der Versammlung sogar, den anwesenden Einwohnern nicht nur in der Einwohnerfragestunde, sondern auch während der Debatte Rede-recht einzuräumen. Dem folgten die Ausschußmitglieder, aber das blieb denn auch die einzige erkennbare Schlußfolgerung.

Die Einladungen waren wiederum mangelhaft. So fehlte die Abgeordnetenfragestunde und das Kreistagsinformationssystem enthielt keine Unterlagen zur Kenntnisnahme für die Öffentlichkeit, wie die Niederschrift der letzten Sitzung und die Machbarkeitsstudie, die in der Sitzung vorgestellt wurde. Zwar war die nichtöffentliche Niederschrift der Sitzung vom 25.03. inzwischen öffentlich gemacht wurden, jedoch wurden die Einwände von Johannes Madeja dazu nicht behandelt, ja noch nicht einmal allen Ausschußmitgliedern zur Kenntnis gebracht.

Die Machbarkeitsstudie in Gestalt einer »Gutachterlichen Stellungnahme« zu rechtlichen, steuerlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Errichtung eines kreislichen Energiewerks im Landkreis Barnim (vorgelegt von PWC – Pricewaterhouse Coopers Legal), war den Ausschußmitgliedern zugesandt worden. Warum sie nicht dem Kreistagsinformationssystem zu entnehmen war, wurde erst auf wiederholte Nachfrage damit beantwortet, daß diese im Auftrage der Barnimer Energiegesellschaft BEG erarbeitet worden war und der Umgang mit dem Material »Dritter« üblicherweise nicht uneingeschränkt möglich sei. (Dabei ist festzustellen, daß das vorgestellte Material keinerlei schützenswerte Aussagen enthielt).

Meine Einwohnerfragen für die Ausschußsitzung hatte ich vor Beginn der Sitzung verteilt. Bei Aufruf des TOP Einwohnerfrage versuchte Dr. Benfer auf einen Teil der Fragen zu antworten. Er wies meine Bewertung zurück,

daß fortgesetzt eine bürgerferne Verfahrensweise praktiziert würde. Es wäre hinreichend, wenn die Bürger sehen könnten, mit welchem Thema sich die Sitzung beschäftigt. Es gebe keinen Anspruch auf Veröffentlichung der zu behandelnden Unterlagen. Ferner erklärte er, der Kreistag habe die BEG mit der Ausschreibung der Machbarkeitsstudie beauftragt. Er gehe von der Korrektheit der Ausschreibung aus. Mein Einwand, daß der Kreistag dazu keinen Auftrag zur Ausschreibung an die BEG erteilt hatte, blieb offen.

Auch Sven Weller aus Finowfurt beschäftigte sich in seinen Einwohnerfragen damit, welche Rolle die BEG im Zusammenhang mit der Machbarkeitsstudie »Kreisliche Energiewerke« spielt. Die BEG habe kein Mandat für die Ausschreibung. Die für die Machbarkeitsstudie erforderlichen 50.000 Euro sind im Kreishaushalt eingestellt und können nicht einfach auf die BEG übertragen werden. Sven Weller wurde auf eine schriftliche Antwort vertröstet.

Sich mit den Einwohnerfragen zu beschäftigen, das war dem Ausschußmitglied Uwe Bartsch (CDU) schon zu viel. »Wir sollten jetzt zur Sache kommen«. Er habe schon einen harten Tag hinter sich und wolle längstens bis 20 Uhr an der Sitzung teilnehmen.

Die als Machbarkeitsstudie vorgestellte »Gutachterlichen Stellungnahme« leistet nach meiner Einschätzung keinen wesentlichen Beitrag zur Entscheidungsfindung. Ob ein kreisliches Energiewerk gegründet werden kann, bedurfte keiner Prüfung der Machbarkeit durch die BEG. In den letzten 10 Jahren wurden in Deutschland 70 Energiewerke gegründet bzw. rekommunalisiert, die die Machbarkeit hinreichend bestätigen. Gefragt sind die Abgeordneten der Barnimer Städte und Gemeinden, welche konkreten Ziele sie mit der Gründung von Energiewerken verfolgen.

ALBRECHT TRILLER

Kirchenkreis Barnim:

Flüchtlingsbeauftragte

Im Auftrag des Vorsitzenden des Leitungskollegiums im Kirchenkreis Barnim, Herrn Pfarrer Christoph Brust, möchte ich Ihnen folgendes mitteilen:

Der Kreiskirchenrat Barnim hat Pfarrerin i.R. Annette Flade vom 1. Juli 2015 bis zum 29. Februar 2016 beauftragt, als Ansprechpartnerin für Flüchtlingsfragen zur Verfügung zu stehen. Frau Flade soll im Bereich »Arbeit mit Flüchtlingen« ehrenamtlich Engagierte in Willkommensinitiativen, kirchlichen Arbeitsgemeinschaften und gemeindlichen Gruppen schulen. Ziel ist es, Willkommensgruppen und Flüchtlingsinitiativen durch Lehr- und Vortragstätigkeiten für eine wirksame Arbeit mit Flüchtlingen fähig zu machen.

TINO KOTTE

Einwohnerzahlen

Eberswalde (bbp). Anfang 2014 wurden die Grenzen der Eberswalder Stadtbezirke an die Ortsteilgrenzen angeglichen (BBP 12/2013). Ziel war, das statistische Durcheinander zu ordnen, wenn für künftige Planungen in den Ortsteilen beispielsweise auf die Einwohnerentwicklung zurückgegriffen wird. Trotz der satzungsmäßigen Klarstellung setzt sich das Durcheinander fort. So bezifferte die Eberswalder Baudezernentin ANNE FELLNER anläßlich des gemeinsamen Gespräches mit den Mietern der Abrißblöcke in der Potsdamer Allee, dem SPD-Landtagsabgeordneten und Stadtverordneten Daniel Kurth sowie Vertretern der stadt-eigenen Wohnungsbau- und Hausverwaltungsgesellschaft (WHG) die aktuelle Einwohnerzahl des Brandenburgischen Viertels auf 5.600. Was sie nicht sagte war, daß sich diese Zahl nur auf die vier schon zu DDR-Zeiten errichteten Bauabschnitte ohne die sogenannte Osterweiterung bezieht. Tatsächlich leben 6.137 Menschen mit Erstwohnsitz im Brandenburgischen Viertel (Stichtag 24.06.2015). Per 31.12.2014 waren es 6.129, was auf eine leichte Stabilisierung der Einwohnerzahl in diesem Jahr hindeutet.

Demgegenüber beziehen sich auch jetzt noch manche Planungen, wie beispielsweise die aktuelle Sportentwicklungskonzeption, auf den ehemaligen Stadtbezirk Finowtal, der das Brandenburgische Viertel und zwei Finower Stadtunterbezirke umfaßte. Dort lag die Einwohnerzahl per Jahresende 2014/15 bei 6.608. Wenn nun aktuell nur mit der Einwohnerzahl der vier alten Stadtbezirke (5.680 Einwohner per 31.12.2014) argumentiert wird, suggeriert das einen dynamischen Einwohnenschwund, der zwar den Abrißbefürwortern den gewünschten Hintergrund liefert, mit der Realität jedoch wenig zu tun hat. Es waren übrigens einmal mehr die konsequenten Nachfragen des Stadtverordneten und früheren Ortsvorstehers Carsten Zinn, die die tatsächlichen Zahlen an die Öffentlichkeit brachten.

Montags Beachvolleyball

Eberswalde (bbp). Auf Anregung mehrerer Mädchen aus dem Wohnverbund für Flüchtlinge in der Straße Am Schwärzensee hatten Johanna Johne und Eric Pfaff vom Runden Tisch »Willkommen in Eberswalde« am 26. Juni auf das Gelände des Club am Wald eingeladen. »Wir haben mit Kindern und Familien Volleyball gespielt, Spaß gehabt und den Sommer genossen«, berichten die beiden. »Uns hat das so gut gefallen, daß wir uns über den Sommer nun fest an diesem Ort zum Spielen und Beisammensein treffen wollen.« Alle an Sport und fröhlichem Zusammensein Interessierten sind eingeladen, jeweils montags um 16.30 Uhr zum Beachvolleyballfeld am Club am Wald (Brandenburgisches Viertel, 16227 Eberswalde, Senftenberger Str. 16) zu kommen.

Petition gegen Schulamt

Eberswalde (bbp). »Ich möchte mich im Namen der Eltern der Bruno-H.-Bürgelschule für Ihr Engagement gegen die Zusammenlegung der 6. Klasse bedanken«, schreibt der Vorsitzende der Elternkonferenz MICHAEL OTTO in einem Brief an alle Stadtverordneten, die in einem Brief, den fast alle Fraktionsvorsitzenden und der Bürgermeister unterzeichneten, gegenüber der Entscheidung des Schulamtes ihren Unmut ausdrückt hatten. »Daß hier parteiübergreifend zum Wohle der Kinder gehandelt wird«, so Otto, »verdient unseren Respekt und zeigt uns wie wichtig Ihnen die Kinder der Stadt sind«. Die Schulamtsregionalstelle in Frankfurt/Oder hat trotz der Proteste ihre Entscheidung bisher nicht zurückgenommen. Daher formulierte Michael Otto eine Petition gegen die Zusammenlegung der 6. Klassen. Otto bittet die Stadtverordneten um ihre Unterschrift und Unterstützung beim Sammeln von weiteren Unterschriften.

»Wir als Eltern möchten ein deutliches Zeichen setzen und zeigen, daß wir uns gegen Entscheidungen, die scheinbar willkürlich von der Ferne aus getroffen werden und die gegen das Wohl unserer Kinder gerichtet sind, mit allen Mitteln wehren werden. Dies ist nicht ausschließlich für die Kinder der Bürgelschule, sondern soll auch anderen betroffenen Eltern Mut machen, sich zu wehren. Daß in unserem Fall auch die Stadtpolitik hinter uns steht, ist für uns Ansporn und auch ein wichtiges Zeichen, daß wir auf dem richtigen Weg sind.«

Netzübernahme im Plan

Eberswalde (bbp). Die Netze für die Strom- und Gasversorgung in Eberswalde sind 2014 für zunächst fünf Jahre an externe Betreiber vergeben worden. Die Absicht, die Netze in die Hand der Stadt zu übernehmen, ist damit nicht aufgegeben worden. Der entsprechende Stadtverordnetenbeschluß bleibt gültig. Dies spiegelt sich auch im Haushaltsplan wider. Dort sind für die »Gründung/Beteiligung Netzgesellschaft Strom« (Maßnahmenummer 17040001) nachrichtlich Gesamtauszahlungen in Höhe von 4,3 Millionen Euro ausgewiesen, ohne unmittelbare Auswirkung auf den Haushalt.

Grundlage sind Schätzungen, die den Wert beider Netze (Strom und Gas) auf 30 Millionen Euro taxieren. Davon können nach der Netzentgeltverordnung 40 % für die kalkulatorische Eigenkapitalverzinsung zugrunde gelegt werden, also 12 Millionen Euro. Die Stadtkämmerei geht davon aus, daß der städtische Anteil an einer Netzgesellschaft wenigstens 51 % betragen sollte. Dafür wäre ein Kapital von 6,1 Millionen Euro aufzubringen. Bei 50 % Kreditfinanzierung bliebe eine Summe von 3,05 Millionen Euro. Zuzüglich der Gründungskosten schätzt die Kämmerei die nötigen Eigenmittel für die zu gründende Netzgesellschaft auf 4,3 Millionen Euro. Mit der Darstellung dieser geschätzten Summe wird das Ziel der Rekommunalisierung der Netzbetriebung im Haushaltsplan mit konkreten Zahlen unterlegt.

Klassenzusammenlegung an der Bruno-H.-Bürgel-Grundschule

Für Alibiakte lassen wir uns nicht mißbrauchen

Interview mit CARSTEN ZINN (Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde)

BBP: In der Bruno-H.-Bürgel-Schule sollen im nächsten Schuljahr Schüler der 6. Klassen die bisher in drei Klassen lernten zu zwei Klassen mit 25 bzw. 28 Schülern zusammengefaßt werden. Die Stadtverordnetenversammlung schickte einen Protestbrief an die zuständige Regionalstelle des Landesschulamtes. Der Brief trägt die Unterschriften des Bürgermeisters, des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung und der Vorsitzenden aller Fraktionen, außer der Fraktion »Alternatives Wählerbündnis Eberswalde«. Herr Zinn, warum fehlt Ihre Unterschrift auf dem Brief? Sind Sie für die Klassenzusammenlegung?

Carsten Zinn: Natürlich nicht. Unsere Fraktion steht inhaltlich durchaus hinter den Forderungen, die in dem Protestbrief der Stadt formuliert sind. Allerdings lassen wir uns nicht mißbrauchen für Alibiakte der etablierten Parteien und der Stadtverwaltung. Das haben wir im Vorfeld sehr deutlich gemacht.

BBP: Inwiefern ist der Protestbrief nur ein Alibi? Welche Alternative fordern Sie?

C.Z.: Den Brief nur an die Regionalstelle des Schulamtes zu richten, macht aus unserer Sicht überhaupt keinen Sinn, außer das damit ein

medienwirksamer »schöner Schein« nach außen verbreitet wird. In der Regionalstelle sitzen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die lediglich die Vorgaben des Brandenburger Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport umsetzen. Da ist es aussichtslos, auf eine andere Entscheidung als die bisherige zu hoffen.

Daher haben wir vorgeschlagen, den Brief direkt an den Minister Günter Baaske zu adressieren und nachrichtlich neben dem Landesamt für Schule und Lehrerbildung auch die Landtagsfraktionen einzubeziehen. Leider wollten sich weder der Bürgermeister und der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, noch die anderen Fraktionsvorsitzenden darauf einlassen. Damit ist von vornherein klar, daß der Brief ein Placebo bleibt.

BBP: Inzwischen hat der Vorsitzende der Elternkonferenz der Bruno-H.-Bürgel-Schule eine Petition gegen die Klassenzusammenlegung gestartet. Werden Sie diese Petition unterstützen?

C.Z.: Eine Petition an den Landtag richtet sich durchaus an die richtige Adresse. Eine solche Initiative der Eltern ist unterstützenswert. Sie sollte allerdings nicht parteipolitisch mißbraucht werden.

Amadeu Antonio Preis

Erstmalige Verleihung zum Gedenken an den 25. Todestag von Amadeu Antonio

Eberswalde (prest-ew/bbp). Die Amadeu Antonio Stiftung und die Stadt Eberswalde vergeben in diesem Jahr erstmalig den Amadeu Antonio Preis. Der Preis richtet sich an Künstlerinnen und Künstler und soziokulturelle Projekte, deren Werke sich mit kreativen Mitteln mit den Themen Rassismus, Menschenrechten und Migration auseinandersetzen. Einzelpersonen, Gruppen und Initiativen können sich ab sofort um den Preis bewerben. Stadt und Stiftung freuen sich auch über Vorschläge von Dritten für die Vergabe.

Marianne Rosenberg, Sängerin, und Shermin Langhoff, Intendantin des Maxim-Gorki-Theaters, bilden zusammen mit Philippa Ebéné, Leiterin der Werkstatt der Kulturen in Berlin, Petra Lidschreiber vom Rundfunk Berlin-Brandenburg sowie Vertretern der Stadt Eberswalde, der Amadeu Antonio Stiftung und weiterer Partner die Jury. Ihr kommt die Aufgabe zu, die Preisträger unter den Bewerbungen und Nominierungen auszuwählen.

Die Verleihung des Amadeu Antonio Preises findet am 4. Dezember 2015 in Eberswalde statt – im Andenken an Amadeu Antonio, dessen gewaltsamer Tod sich in diesem Dezember zum 25. Mal jährt.

Der angolansische Vertragsarbeiter wurde 1990 in Eberswalde von Rechtsextremen überfallen und zusammengeschlagen. Kurz danach erlief er seinen Verletzungen im Krankenhaus.

Amadeu Antonio war eines der ersten Opfer rassistischer Gewalt nach dem Beitritt der DDR zur BRD.

Die Auslobung des Preises dient dem Gedenken an Amadeu Antonio. Zugleich sollen mit dem Preis diejenigen geehrt werden, die sich gegen Rassismus und Diskriminierung stark machen und die gesellschaftliche Vielfalt mit kreativen Mitteln zu gestalten suchen.

Der Preis wird gemeinsam von der Stadt Eberswalde und der Amadeu Antonio Stiftung vergeben. Grundlage ist das im November 2012 von der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde beschlossene »Erinnerungskonzept«. Der 1. Platz ist mit 3.000 Euro dotiert, der 2. und 3. Platz mit jeweils 1.000 Euro.

Die gesamten Kosten, die im Rahmen der Preisausschreibung anfallen, werden von der Amadeu Antonio Stiftung und der Stadt Eberswalde gemeinsam getragen.

Einsendeschluß ist der 20. September 2015. Alle Informationen zum Preis und zur Bewerbung gibt es auf der Homepage www.amadeu-antonio-preis.de.

Für weitere Fragen stehen Dr. Stefan Neubacher, Kulturamtsleiter der Stadt Eberswalde (Tel. 03334/64410, eMail: s.neubacher@eberswalde.de), und Britta Kollberg von der Amadeu Antonio Stiftung (030/24088610, preis@amadeu-antonio-stiftung.de) als Ansprechpartner zur Verfügung.

Offener Brief an die Anwohner der Walzwerkstraße in Finowfurt:

Instandsetzung *statt* Ausbau

Bürgerinitiative für den Erhalt der historischen Walzwerkstraße in Finowfurt, Gemeinde Schorfheide, Landkreis Barnim

Am 7. Juli wurde es deutlich. Der Bürgermeister ignoriert einmal mehr den mehrheitlichen Willen der Anwohner. Er weigert sich, sein Versprechen zu halten, die Walzwerkstraße instandzusetzen und mit einer funktionierenden Regenentwässerung auszurüsten.

Der Bürgermeister hält an einem nicht erforderlichen grundhaften Ausbau fest. Er weiß:

»Eine Gemeinde darf eine Straße nicht zu Lasten der Grundstückseigentümer erneuern, solange Unterhaltungsmaßnahmen möglich sind.«

Das ist geltendes Recht!

Trotzdem drängt er uns, einer seiner vier Varianten »grundhafter Ausbau« zuzustimmen. Diese Dreistigkeit ist kaum noch zu überbieten.

Die Tatsache, daß die Versammlung am 7. Juli überhaupt stattgefunden hat, ist ein Erfolg, unser Erfolg! Daran gilt es anzuknüpfen.

Der Bürgermeister will mit uns aber nur über das »wie« beraten. Wenn es um das »ob« geht – der Ausbau ist reine Geldverschwendung! – wird uns das Wort entzogen. So geschehen auf der Versammlung am 7. Juli!

Solche Informationen will er in »seiner« Informationsveranstaltung nicht haben.

Diejenigen, die erkannt haben, daß ihnen dieser Ausbau nur schaden wird, waren in der Versammlung die schweigende Mehrheit. Sie haben das Feld denen überlassen, die bereit

sind, über das »wie« zu reden und die damit signalisiert haben, daß sie sich sich fügen werden. **Ist der »grundhafte Ausbau« nun beschlossene Sache? Nein, das ist er nicht!**

Man hat den Teilnehmern einen Brief mit einem Fragebogen in die Hand gedrückt. Wer nicht da war, der bekommt ihn mit der Post. Es kommt nun darauf an, diesen Fragebogen richtig zu beantworten.

So könnte die Antwort aussehen:

Keine der Ausbauvarianten ankreuzen und hinzufügen: Ich fordere die Instandsetzung der Straße, wo es erforderlich ist! Und hinzufügen: Ich fordere die Herstellung bzw. Wiederertüchtigung einer durchgehend funktionierenden Regenentwässerung!

Das alles haben wir mit mehr als 50 Jahren Steuern schon bezahlt!

Diese Antworten auf seinem eigenen Fragebogen kann der Bürgermeister dann nicht mehr ignorieren. Er erwartet nur 60 % Rücklauf! Wir sollten seine Erwartungen überbieten mit 80 % nein!

Dazu brauchen wir 69 »Nein«-Briefe, ein hohes Ziel, aber erreichbar!

Um uns selber müssen wir uns selber kümmern! Wir sind das Volk!

PIETSCH, SETTEKORN,
Dr. SCHMIDT, BRAUNSCHWEIG



FOTO: GERO MÄRZMANN

Die Delle im Pflaster entstand durch den Bau einer Wasserleitung, weil nicht wieder ordentlich zugestrichelt wurde. Hier sammelt sich das Wasser, wodurch sich die Straßenschäden sukzessive verstärken. Die Schluderei hätte längst beseitigt werden müssen – als Reparatur, auf Kosten der Gemeinde bzw. auf Kosten des Verursachers ZWA.

Nun wird die Reparatur mit dem beschlossenen grundhaften Ausbau endgültig »gespart« und die Beseitigung der Gefahrenstelle vom Bürger bezahlt. Das ist doch »clever«, oder kann man das auch als Betrug sehen?

Ein großer alter Baum

von Johannes Madeja

Das ist ein Baum, ein schöner Baum, ein alter Baum, ein schützenswerter Baum. Es ist ein Ahorn. Der Feldahorn ist Baum des Jahres 2015 – aber das hier ist »nur« ein Spitzahorn, 80 Jahre alt, gesund, voller Saft und Kraft!

Ich würde ihn gern davor schützen, in der Blüte seines Lebens gefällt zu werden und mit ihm weitere 18 Bäume seiner Art. Diese Bäume geben der Straße – der Walzwerkstraße in Finowfurt – einen alleearartigen Charakter. Ich finde das richtig schön, aber ich bin ja kein Baumsachverständiger und meine Meinung gilt deshalb nicht.

Die untere Naturschutzbehörde (UNB), das sind natürlich alles ausgewiesene Experten, hat nämlich dazu eine ganz andere Meinung.

Die Bäume erfüllen nach Seltenheit, Eigenart oder Schönheit nicht die Anforderungen, um ihnen einen besonderen Schutz – etwa als Naturdenkmal – zu gewähren. So steht es geschrieben in einem Brief vom 20. April 2015

Und eine »Allee« ist das natürlich nicht, denn »dafür mangelt es dem Baumbestand an der Gleichartigkeit hinsichtlich Alter, Habitus und Baumart und an der Beidseitigkeit der Pflanzung.« Noch einmal für Baum Laien wie mich: Die

Bäume stehen nicht überall auf beiden Seiten und dann sind da Lücken, in denen gar kein Baum steht oder nur ein sehr viel jüngerer oder gar eine Kastanie. So etwas ist keine Allee und die »keine Allee« verdient es nicht, geschützt zu werden, nicht als Allee, nicht wegen der Baumschutzverordnung und schon gar nicht als Naturdenkmal. Siehe oben!

Wenn die Pflasterstraße verschwindet – sie soll verschwinden zugunsten einer Asphaltpiste – dann müssen natürlich vorher die Bäume alle gefällt werden. Die UNB wird zustimmen. Straßenbau geht vor Naturschutz – so die Praxis der UNB seit Jahren. Ich als Anwohner, der sich seit Jahren über diese Bäume freut, auch weil sie sehr sehr nützlich sind, werde gar nicht gefragt. Ich werde damit getröstet, daß ja neue Bäume gepflanzt werden. Da steht dann – vielleicht – in frühestens dreißig Jahren wieder eine Allee, die diese Bezeichnung verdient.

Die hält aber nur noch zwanzig Jahre, denn nach 50 Jahren hat ja die Asphaltstraße ihre »normative Nutzungsdauer« erreicht. Dann müssen die Bäume natürlich wieder gefällt werden bevor neu asphaltiert wird. Aber vielleicht kommt das ja alles ganz anders. Viel-

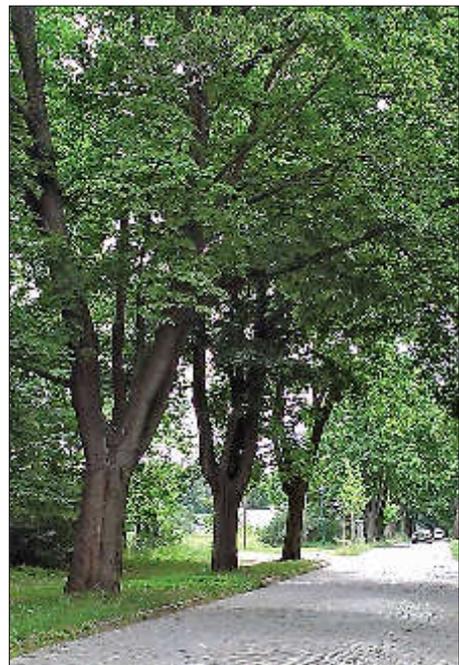


FOTO: ANNELESE BRAUNSCHWEIG

leicht gibt es ja dann, wenn wir lange genug Raubbau an der Natur getrieben haben, eine Naturschutzbehörde, die diese Bezeichnung auch verdient. Ich werde es nicht mehr erleben. Ich erlebe jetzt den Kahlschlag und niemanden sonst interessiert das – oder etwa doch?

Beteiligung zum Teil

Schorfheide (bbp). Ob Anliegerstraßen ausgebaut werden oder nicht, bleibt in der Gemeinde Schorfheide weiterhin in der Entscheidungshoheit der Gemeindevertretung, was im Prinzip gleichbedeutend ist mit der Entscheidungsgewalt der Gemeindeverwaltung. Allerdings dürfen die Anwohner künftig wenigstens zur Art und Weise der Straßenausbaumaßnahmen mitreden.

Die Beschlussvorlage, die alle Entscheidungsgewalt in die Hände der Anlieger legen wollte, lehnten die Schorfheider Gemeindevertreter am 24. Juni mehrheitlich abgelehnt. Nur die beiden Abgeordneten der Einreicherfraktion Freie Wähler/BKB, Heinz Kinner und Dr. Andreas Steiner, votierten mit »Ja«. Nachdem die Gemeindeverwaltung ihren »Kompromißvorschlag« vorgelegt hatten, sprangen die bisherigen Miteinreicher DIE LINKE und WIR/Bündnis 90/Die Grünen ab. Während sich die linken Gemeindevertreter der Stimme enthielten, votierte die Fraktion WIR/Grüne gegen den bislang von ihnen unterstützten Vorschlag. Der Verwaltungsvorlage stimmten dann mit Ausnahme der Fraktion Freie Wähler/BKB alle anwesenden Gemeindevertreter zu.

Dr. Andreas Steiner sagte dazu: »Unsere Fraktion hält den Kompromißantrag des Bürgermeisters für nicht weitreichend genug. Den Anliegern wird jetzt zwar das Recht eingeräumt, über das WIE von Straßenausbaumaßnahmen zu entscheiden, jedoch haben sie nicht die Möglichkeit zu entscheiden, OB sie einen Ausbau überhaupt wollen. Dabei sind sie es, die als Beitragspflichtige die überwiegende finanzielle Last tragen. In Anliegerstraßen, wo die Mehrheit gegen einen Ausbau sind, würde dies eine Ignoranz des Bürgerwillens seitens der Verwaltung bedeuten. In Eberswalde und Bernau ist man da schon viel weiter. Hier können die Bürger mehrheitlich vorab über das OB entscheiden, bevor sie im Falle einer Zustimmung zum Ausbau ins Detail gehen und über das WIE beraten. Der Kompromißvorschlag des Bürgermeisters entspricht nicht unserer Auffassung von gelebter Bürgerbeteiligung und Basisdemokratie.«

Etwas Gutes könne man jedoch mitnehmen, so Dr. Steiner. Hätten die drei Fraktionen den Antrag »Anliegerstraßen – Anlieger entscheiden« nicht eingereicht, wäre die Verwaltung kaum von sich heraus bereit gewesen, den Bürgern überhaupt ein Mitentscheidungsrecht einzuräumen. »Der Bürgermeister mußte dem Druck der drei kleinen Fraktionen mit dem Angebot des Kompromisses nachgeben, um gegenüber dem Bürger nicht mit leeren Händen dazustehen. Insofern sind bislang doch gewisse Erfolge zu verbuchen.«

Dies reiche seiner Fraktion nicht aus, so Dr. Steiner weiter. »Wir werden nicht lockerlassen und die Möglichkeiten und Chancen eines Bürgerentscheides in der Gemeinde Schorfheide ausloten. In Bernau wurde ein solcher Bürgerentscheid mit überwältigender Mehrheit der Bevölkerung angenommen: darauf muß sich Herr Schoknecht nun auch in der Gemeinde Schorfheide einstellen.«

Zwischen Drehbank und CNC-Fräse

Am 30. Juni kamen abends in Eberswalde Kreativschaffende verschiedenster Couleur zusammen. In dem Format 6x6 stellten sich sechs Personen jeweils sechs Minuten vor. Der Abend, organisiert vom Ministerium für Wirtschaft und Energie Brandenburg, fand im Rahmen der Reihe Kreativ Dialog statt.



Foto: CHRISTOFF GÄBLER

Um 19 Uhr beginnt das Programm, viele sind aber schon früher da. Im Zwischenraum in der Havellandstraße 15 stehen Getränke und Speisen bereit, ebenso wie eine kleine Spendenkasse. Man macht sich schon mal bekannt.

Die bereitgestellten Stühle sind irgendwann aus, eine Bank muß aushelfen. Fünfzehn Menschen waren erwartet, nun sitzen circa 30 Leute in einer Werkstatt des Zwischenraums – Veranstalter, Engagierte der offenen Räume und Interessierte. Ein aufmerksam entspanntes Publikum, da hält man als Referent die Nervosität gerne aus.

Ein paar einleitende Worte zu den Räumlichkeiten, dann stellt Katja Dietrich-Kröck das Format vor: Bei den Referenten soll eine Bandbreite aus den elf Branchen der Kreativwirtschaft erreicht werden. Die Reihenfolge des Abends wird ausgelost, danach hat der jeweilige Referent genau sechs Minuten um sich vorzustellen; dabei kann er die Art und Weise der Darstellung frei wählen.

TEREZA und JÖRG stellen sich, das Gut Stolzenhagen und ihre Stühle vor. Diese fertigen sie vor Ort. Ein Modell »Bison«, für den Außenbereich, das andere, die »Gazelle«, ist besonders leicht, daß man sogar damit tanzen kann, erklärt Tereza und dreht sich. Der Stuhl schwingt auf ein paar ihrer Finger mit (Foto).

KAI vom Kanaltheater ist der Nächste, er springt heute nur ein. Frei assoziiert er sich von seinem handwerklichen Berufsweg in der DDR zu seiner heutigen Tätigkeit beim Kanaltheater. Die vielfältigen Reaktionen aus dem Publikum bezeugen Interesse wie Kontroverse, aber auf jeden Fall die volle Aufmerksamkeit.

Mit den Verlag Biber und Butzemann besetzt STEFANIE BIBER-GESKE eine Nische. Einst im Urlaub mit ihren Kleinen, gab es keine Kinderbücher, die am jeweiligen Orten spielten. Verwundert darüber, wurde daraus die Idee und Tat, selbst solche Kinderbücher zu schreiben. Der Verlag und die Buchmesse BUCHBERLIN schlossen sich an. Ein paar ihrer Bücher werden derweil durch die Reihen gereicht.

STEFFI RIBBES Präsentation gibt etwas her für die Augen. Von Bild zu Bild schildert sie, wie sie alten Möbelstücken neuen Stil gibt. Entsprechend ihrem Label »Farbknull« mag sie es gerne bunt. Zusammen mit ihren Kunden verwandelt sie Stühle, Regale und mehr, in Unikate.

Die bildende Künstlerin INA ABUSCHENKOMATWEJEA fragt, was Kunst ist und ob sie einen Zweck hat. Bilder ihrer Werke laufen im Hintergrund während sie Picasso rezitiert, der sich schon zu diesem Thema in Worte zu fassen versuchte.

BRIAN CROTTY beschäftigt sich mit umweltverträglichen Materialien innerhalb des Labels BioInspiration. Die Kickstarterkampagne für einen kompostierbaren Kunststoff zum 3D-Drucken läuft bald an. Die Modelle, die er ins Publikum gibt, sind nur einen Raum weiter gedruckt worden.

Er gehört zu den regelmäßigen Besuchern in den Werkstätten des Zwischenraums in der Havellandstraße, denn neben CNC-Fräse und Drehbank finden sich hier auch 3D-Drucker, an denen er sich direkt ausprobieren kann. Die vom Hebewerk e.V. getragenen Räume haben viele illustre Gäste, vom technikaffinen Bastler bis zum vegetarischen Lebenskünstler ist alles vertreten.

Jeder der sechs Kreativschaffenden nimmt seinen Applaus entgegen, aber diese knappen Minuten vorn waren eigentlich nur das Appetithäppchen. Kaum erheben sich die ersten Zuschauer, umringen schon die ersten die Referenten. Für Fragen ist ab jetzt reichlich Zeit, und noch mehr für Antworten. Auf dem Balkon warten Getränke, frisches Brot, Aufstrich, Häppchen.

Über die angeregten Gespräche schleicht sich die Nacht recht unbemerkt ein.

Informationen zu weiteren Veranstaltungen im Zwischenraum des Hebewerk e.V. sowie Verlinkungen zu den Referenten des 6x6 Netzwerkabend sind im Internet unter www.hebewerk-eberswalde.de zu finden.

ULRIKE GATZ

Kanalisation ist teuer

Bequemlichkeit hat ihren Preis, jeder weiß das. Alles Schmutzwasser einfach weglaffen lassen und sich nicht mehr darum kümmern müssen – so wollen es viele haben, auch auf dem Dorf. Ob das vernünftig, modern ausgedrückt nachhaltig gut ist, das können Sie hier erfahren.

Ein kreisbekannter Bürgermeister hat einen Bürger zitiert: »Wenn wir vor zehn Jahren dem Kanalausbau zugestimmt hätten, dann hätten wir die Ausbaubeträge durch Einsparung der Abfuhrkosten längst bezahlt!« Stimmt das?

Rechnen wir nach: Ein Zwei-Personen-Haushalt mit einer abflußlosen Sammelgrube hat folgende Abwasserentsorgungskosten (hier wurden die derzeit geltenden Gebühren beim ZWA Eberswalde zugrundegelegt): Grundgebühr für die Grube: $10 \times 12 = 120 \text{ €}$ pro Jahr. Abfuhrgebühr Schmutzwasser: $60 \times 8,65 = 519 \text{ €}$ pro Jahr. Gesamtkosten damit 639 € pro Jahr entsprechend $10,65 \text{ €}$ je Kubikmeter Abwasser. Nach Anschluß an die Kanalisation sind die Abfuhrkosten durch Kanalbenutzungsgebühren zu ersetzen. Sie betragen $60 \times 3,95 = 237 \text{ €}$ pro Jahr. Die Grundgebühr für die Grube wird durch die Grundgebühr für den Kanal ersetzt und beträgt jetzt $14 \times 12 = 168 \text{ €}$ pro Jahr. Gesamtkosten für die Abwasserentsorgung jetzt: 405 € pro Jahr, entsprechend $6,75 \text{ €}$ je Kubikmeter. Die jährliche Einsparung beträgt also 234 € .

Wird dieser Betrag wirklich gespart? Leider nein. Denn der Kanalananschluß hat ja Geld gekostet, das korrekterweise anteilig den jährlichen Wasserkosten zuzurechnen ist.

Die Einnahmen des ZWA basieren auf einem reinen Gebührenmodell. Das haben wir Bürger vor Jahren gerichtlich durchgesetzt. Es werden also keine Erschließungsbeiträge erhoben. Der ZWA wird aber die Anschlußkosten berechnen. Die stehen ihm auch zu, wenn er den Auftrag zur Herstellung des Grundstückanschlusses erhält und die Arbeiten erledigt.

Die Erschließung des Grundstücks endet an dem Anschluß-/Übergabeschacht des ZWA, der an der Grundstücksgrenze zu errichten ist. Der Anschluß des Grundstücks an diesen Schacht hat in Verantwortung und auf Kosten des Grundstückseigentümers zu erfolgen. Die Kosten werden je nach örtlichen Verhältnissen (Verlegetiefe, Bodenbeschaffenheit, Leitungslänge und -material, Arbeiten am Fundament

bzw. an der bisher genutzten Sammelgrube) unterschiedlich hoch sein. Hier soll ein Mittelwert von 10 m Länge bei einem Preis von 120 € je Meter (leichter Boden ohne Steine) angesetzt werden. Deutlich teurer wird der Anschluß bei ungünstigen Höhenverhältnissen. Dann braucht man eine Hebeanlage mit Rückflußsicherung. Die allein kostet etwa 2000 € .

Setzt man 2000 € Anschlußkosten an, dann dauert es $8,5 \text{ Jahre}$. bis dieses Geld durch den geringeren jährlichen Zahlbetrag wieder eingefahren ist. Eventuell aufzubringende Kreditzinsen verlängern diese Zeit. Hinzu kommt, wir haben ja über viele Jahre Erfahrungen, daß der ZWA spätestens nach fünf Jahren seine Gebühren »anpaßt«, wie Erhöhungen freundlich genannt werden. Die »Anpassung« wird üblicherweise mit gestiegenen Kosten für den Betrieb des Kanals begründet und man kann sich kaum dagegen wehren.

Abgesehen davon ist es jedoch unwahrscheinlich, daß der geringere Zahlbetrag in dieser Größe überhaupt jemals wirksam wird. Deutschlandweit liegen jahrzehntelange Erfahrungen vor, daß mit Anschluß an die Kanalisation der Trinkwasserverbrauch spürbar ansteigt. 20 Prozent sind hier ein wahrscheinlicher Mittelwert. Unser Zwei-Personen-Beispielhaushalt würde dann statt 60 Kubikmeter 72 Kubikmeter Wasser zapfen. Das ist pro Monat zwar nur ein Kubikmeter mehr, reduziert aber die »Einsparung« von 234 € um $12 \times 3,95$ zuzüglich $1,23 \text{ €}$ für den Mehrverbrauch an Trinkwasser = $62,16$ auf $171,84 \text{ €}$ pro Jahr, so daß die 2000 € , die der Anschluß gekostet hat, erst nach reichlich 11 Jahren wieder »drin« sind. Eine wahrscheinliche Gebührenerhöhung ist dabei nicht berücksichtigt.

Das Rechenergebnis wird im Einzelfall von dieser Beispielrechnung abweichen. In jedem Fall kommt jedoch heraus, daß der Kanal nicht wirklich billiger ist. Mit Hinweis auf die zu erwartende Bevölkerungsentwicklung auf dem Land fordern Fachleute seit mehr als zehn Jahren, über einen Rückbau bestehender Kanal-

anlagen nachzudenken, die nicht mehr wirtschaftlich zu betreiben sind, einfach weil niemand mehr da ist, der den Betrieb bezahlt. Die Landesregierung hat jedoch noch nicht angefangen, darüber nachzudenken, geschweige denn praktische Rückbaumaßnahmen zu planen. Es wird munter weiter kanalisiert.

Daß die Kanäle das Land entwässern, die Vorfluter, die Flüsse und die Meere mit Schadstoffen belasten, wodurch jährlich Umweltschäden in Millionenhöhe angerichtet werden, das steht auf einem anderen Blatt. Das interessiert die Landesregierung nicht und die Zweckverbände schon gar nicht. Sie reden nur davon, daß man mit Wasser sparsam umgehen soll und daß es wichtig ist, das Wasser – und vor allen Dingen auch die darin enthaltenen Düngestoffe – in der Landschaft zu halten und zu verwerten. Getan wird dafür nichts, abgesehen von ein paar teuren Forschungsvorhaben, die eher Alibifunktion haben, als daß sie etwas bewegen und bewirken. Für die Landesregierung und die ihr hörigen Verwaltungsgerichte kommt es nur auf die Einnahmesituation an und die wird – gesetzwidrig – mit Anschluß- und Benutzungszwang und überhöhten Grundgebühren, unabhängig von der erbrachten Leistung, gesichert. Vielerorts werden auch Erschließungsbeiträge kassiert, vorzugsweise für Altanschlüsse, für die man nichts geleistet hat. Nur wenige haben die Kraft und den Mut, sich dagegen zu wehren und sie haben – eben weil sie nur wenige sind – oft keinen Erfolg.

Und was ist nun die vernünftige Alternative zu Kanal oder Sammelgrube? Es gibt sie, inzwischen sogar schon mitten in der Großstadt! Es ist die eigene Kläranlage auf dem Grundstück (oder im Keller), die das Schmutzwasser aufbereitet, das man dann je nach Reinigungszustand zur Toilettenspülung, zur Bewässerung des Grundstücks, für den Fischteich oder sogar als Badewasser nutzen kann. Das schont die Umwelt, spart wertvolles Trinkwasser und es »rechnet« sich sogar. Die eigene Anlage hat allerdings zwei Nachteile. Die Aufgabenträger, die ja nun weniger Einnahmen haben, bekämpfen sie mit allen Mitteln und man muß sich darum kümmern. Das wollen viele bequeme Bürger nicht. Und deshalb funktioniert das System Kanal immer noch, sogar auf dem Dorf.

JOHANNES MADEJA

Wahrheiten über Schalck-Golodkowski

In der Vergangenheit und auch gegenwärtig anlässlich des Todes von Schalck-Golodkowski wurde und wird von manchen Medien sehr einseitig über seine Tätigkeit in der DDR berichtet. So werden vor allem die Versorgung des Politbüros in Wandlitz, die finanzielle Abwicklung beim Freikauf von politischen Häftlingen oder der Export von Kunstgegenständen genannt. Seine positive Rolle beispielsweise bei der Versorgung der Bevölkerung in der DDR wird bewußt verschwiegen.

So wurde 1976/77 international anerkannt in Kooperation mit einer Westberliner Firma in Britz bei Eberswalde das größte und modernste Schlacht- und Verarbeitungskombinat zu dieser Zeit in Europa aufgebaut, das jährlich für eine Milliarde Mark hochwertige Erzeugnisse für die Bevölkerung der DDR produzierte.

Dafür wurden gemeinsam von der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft und dem Außenhandelsbereich Schalck-Golodkowski auf kapitalistischen Märkten über 200 Millionen DM

freie Devisen für den Ausrüstungsimport dieses Kombines erwirtschaftet. Das geschah zum Beispiel durch den Export hochwertiger Braugerste zu guten Preisen in die BRD, den damit finanzierten Import von billigen Futtermittelüberschüssen aus Australien und damit die zusätzliche Fleischproduktion für die Versorgung und den Export.

Auch solche Tatsachen gehören zu den Wahrheiten über Schalck-Golodkowski.

Dr. HELMUT KOCH 9

Anfang vom Ende?

Seit dem 1. Juli firmiert der ehemalige VEB Kranbau Eberswalde als »Kocks Ardelt Kranbau GmbH« und hat seinen Hauptsitz wieder in Eberswalde. Die lokale Tageszeitung informierte darüber unter der Überschrift »Neue Etappe für Traditionsbetrieb« (MOZ, 1.7.2015).

Als Mitglied des städtischen Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen hatte ich in der Mai-Sitzung 2015 gebeten zur aktuellen Entwicklung im Traditionsunternehmen Kranbau Eberswalde zu informieren. Dem Leiter des Amtes für Wirtschaftsförderung und Tourismus im Eberswalder Rathaus Dr. Jan König hatte zu diesem Zeitpunkt von den neuen Entwicklungen noch nichts mitbekommen. Als in der Juni-Sitzung dann die Information erfolgte, war kaum mehr neues zu berichten. Der MOZ-Beitrag vom 1. Juli reflektiert mit dem Charme einer »Haus- und Hofberichterstattung« für die Geschäftsführung des bisherigen und zukünftigen Unternehmens leider nur die klassische Position des Arbeitgebers.

Ich hätte mir gewünscht, daß auch die derzeit noch und hoffentlich auch zukünftig Beschäftigten zu Wort gekommen wären. Insbesondere zu der entscheidenden Frage, wie sie die aktuelle und zukünftige Entwicklung des Traditionsunternehmens einschätzen und bewerten. Der Betriebsrat und die zuständige Fachgewerkschaft IG Metall sollten sich zeitnah öffentlich positionieren.

Ich habe zahlreiche Gespräche mit langjährigen Beschäftigten geführt, darunter solche, die alle bisherigen negativen Entwicklungen in den vergangenen 25 Jahren erlebt haben. Ihr Optimismus hält sich sehr in Grenzen. Viele befürchten mit der strukturellen Neuaufstellung des Unternehmens nichts Gutes für den Standort Eberswalde und fürchten, daß mit der Umstrukturierung der Anfang vom Ende des Traditionsunternehmens Kranbau Eberswalde eingeleitet sei.

Natürlich würde es mich freuen, wenn diese Befürchtungen ins Leere gehen und die neuen Entwicklungen tatsächlich in eine andere, eine positive Richtung gehen. Insbesondere dahin, daß nicht nur Arbeitsplätze erhalten, sondern neue langfristige Arbeitsplätze geschaffen werden. Dies täte der Stadt Eberswalde und der ganzen Region mehr als gut.

Denn wir brauchen positive Wirtschaftsentwicklung(en) in Größenordnungen, die verbunden sind mit der Schaffung von existenzsichernden und tariflich angemessen bezahlten Arbeitsplätzen. Insbesondere für den einheimischen Facharbeiternachwuchs, der ansonsten weiterhin in die »verbrauchten Bundesländer« abwandert.

Unser städtischer »Wirtschaftspapst« Dr. König müßte ansonsten sein Amt in Amt für Wirtschaftsabwicklung ändern (siehe Walzwerk Finow und die aktuelle Situation im ehemaligen RAW Eberswalde).

CARSTEN ZINN

Zainhammermühle hat neuen Dachboden

Als am 25. Juni die Stadtverordneten noch über die Unterstützung des Einbaus der Brandmeldeanlage in der Zainhammermühle als Voraussetzung für die öffentliche Nutzung des Dachgeschosses diskutierten, hatten die fleißigen Bundesfreiwilligen Ingo Beutel und Frank Wollgast mit Unterstützung von Liiban Abdi Salad aus Somalia gerade den Fußboden im Dachgeschoß der Mühle fertig gestellt.

Am Freiwillingentag packte Liiban schon tatkräftig mit an und hilft seitdem auch drei Tage in der Woche mit, das Mühlendenkmal zu sanieren. Ingo Beutel stellte fest, daß er eine sehr große Hilfe ist und freut sich, auch weiterhin mit ihm zusammenarbeiten zu können.

Es ist noch ein Stück Arbeit, die in der Mühle bis zur Bauabnahme im Herbst zu leisten ist. Aber die Müllerinnen und Müller sind zuver-



Foto: ROLF THEISE

sichtlich. Und jetzt, da die Stadt Eberswalde nach Beschluß der StVV auch noch einmal 9.500 Euro für die Brandmeldeanlage beisteuert, scheint das Vorhaben gesichert zu sein.

VERONIKA BRODMANN

Finowkanal zum UNESCO-Welterbe

Finowkanalverein enthüllte seine dritte Infotafel in Finowfurt

Nach den zwei Infotafeln an der Borsighalle und am Waggonaufzug enthüllte der Verein Unser Finowkanal e.V. am 3. Juli seine dritte Infotafel gemeinsam mit den Finowfurter Flößern bei deren Feier zum 20. Jahrestag der Vereinsgründung. Die Infotafel in der Flößer-gasse am Erzberger Platz in Finowfurt verweist auf den überfälligen Plan, den historischen Finowkanal mitsamt seinen Denkmälern aus der Pionierzeit der deutschen Industrialisierung als UNESCO-Welterbe und Europäische Route der Industriekultur anerkennen zu lassen.

Der Finowfurter Flößerverein übernimmt zugleich die dritte Finowkanalpatenschaft und verpflichtet sich, regelmäßig das Umfeld zu säubern und etwaige Vandalismußchäden sofort zwecks Reparatur zu melden.

Die Vorarbeiten für eine vierte Infotafel am ersten der acht weltbekannten Kupferhäuser beim Messingwerk sind bereits angelaufen.

Der Finowkanalverein erstellt die Tafeln auf eigene Kosten durch Privatinitiative, um so auf die noch nicht genutzten touristischen Potentiale der Region hinzuweisen. Weitere Standorte sind in Vorbereitung. Weitere Unternehmen, Vereine oder Gruppen engagierter Anwohner sind herzlich willkommen, gemeinsam mit uns als Finowkanalpaten für eine lebenswerte und gastliche Finowkanalumgebung zu sorgen. Unsere Bootsgäste sollen gern kommen und in der Region verweilen, denn der Tourismus ist unsere letzte Chance für Wachstum, Zuzug und neue Arbeitsplätze.

Prof. HARTMUT GINNOW-MERKERT

Es ist ein Klein-Paris und bildet seine Leute

So lobte Goethe Leipzig, und auch heutzutage wird dort viel für die Bildung getan. Es gibt zum Beispiel ein DDR-Schulmuseum, in dem vor allem dem Besucher aus den alten Bundesländern vorgeführt wird, wie die bitterböse Wirklichkeit in ostdeutschen Klassenzimmern aussah. Zu den speziellen Angeboten des hehren Hauses gehören solche an Schülergruppen »von drüben«, die für ein halb Stündlein einer authentischen DDR-Lehrerin ausgesetzt werden, welche die armen Kinder aus Wann-eickel ununterbrochen zusammenschießt, auf einer Liste schlimme Meinungen festhält, Positionen aus dem letzten Pionierauftrag abfragt und Schüler X anprangert, weil der sein Schrottsammelsoll nicht erbracht hat. Wie es halt war in der Zone. Nun soll nicht gelehnet werden, daß es unter »unseren Pädagogen« auch ausgemachte Dogmatiker und zu Dressurmethoden neigende Versager gab, was eine Schande war und bleibt. Aber ich verkneife mir das ABER, das auf Zustände an katholisch Gymnasien oder an Bayern erinnern könnte, wo die

Prügelstrafe galt bis in die 70er Jahre (des letzten Jahrhunderts), und will die Skandale nicht aufzählen, die über die Jahre hin Schlagzeilen machten: SS-Offiziere als Schulleiter, KZ-Wächter als Lateinlehrer, BDM-Führerinnen im gehobenen Schuldienst. Typisch war, mit Verlaub, weder dies noch jenes. Wenn aber das Extrem zum Normalen verbogen wird und die im Unterricht vermittelten Inhalte »außen vor« bleiben, wird die arge Absicht deutlich, und es riecht unangenehm nach Schwindelweizen. Aus dem Munde der eifrig plappernden, die Unerhörtheit ihrer Nachrichten offensichtlich genießenden und in Redegrammatik nur zum Teil bewanderten Kronzeugin kann man, dies zum Finale, erfahren, was den Aufstieg des einen oder anderen Vaters hinderte. »Wenn ein Schüler zum Beispiel in Jeans aus dem Westen zur Schule kam, mußte das an den Betrieb der Eltern gemeldet werden und der Vater durfte nicht Abteilungsleiter werden... Ich danke euch für eure Aufmerksamkeit...« Pfuui Deibel.

Dr. STEFFEN PELTSCH

»Der Wald – Deine Natur«

Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Brandenburg mit neuem Landesvorstand

Eberswalde (sdw). Der Landesverband Brandenburg der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) hat sich im Mai zu seiner jährlichen Mitgliederversammlung im Waldsolarheim in Eberswalde zusammen gefunden. Auf der Tagesordnung standen vor allem die turnusgemäß anstehenden Neuwahlen des Landesvorstandes. In den kommenden Jahren wird der Eberswalder Gregor Beyer als Vorsitzender die Geschicke der Schutzgemeinschaft führen. Ihm zur Seite stehen als Stellvertreter Thomas Simon (Angermünde) und Dirk Hartung (Birkenwerder). Ergänzt wird der Vorstand durch Astrid Schilling (Eberswalde) und Wolfgang Roick (Großbräsen). Geschäftsführer des Verbandes ist weiterhin Moritz Wenning (Eberswalde), der in den vergangenen Jahren bereits als »geschäftsführender Vorstand« fungierte und zukünftig vollständig die Leitung der Landesgeschäftsstelle übernehmen wird.

Gregor Beyer, der bereits in den vergangenen drei Jahren als stellvertretender Vorsitzender fungierte, betonte die Notwendigkeit, daß die Schutzgemeinschaft zukünftig deutlich politischer agiere. Als Beispiel nannte er die gerade aufgeflamte Debatte um FFH-Managementpläne zur Waldweide unter zertifizierten

Saatgutbeständen im Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin.

»Wenn unter Naturschutzplanungen nun wieder Waldzerstörung hoffähig gemacht werden soll, dann ist die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald aufgerufen, ihre Stimme laut und deutlich hören zu lassen«, betonte Beyer. Weiterhin werde sich der Verband verstärkt dem Thema der Waldschulen im Land widmen und dabei auch die Herausforderungen annehmen, die sich aus der abzeichnenden Kommunalreform ergeben.

Die Delegierten beschlossen auch eine Reihe von Satzungsänderungen, mit denen die Arbeit der SDW zukünftig deutlich professionalisiert werden soll. So wird es neben einer Initiative zur Mitgliederwerbung auch eine Reihe neuer Veranstaltungsformate wie den jährlichen »SDW Walddialog« geben. Ebenso wird der Verband einen regelmäßig erscheinenden Newsletter mit allerlei thematischen Beiträgen zu Waldthemen auflegen.

»Ich freue mich auf die neue ehrenamtliche Herausforderung mit einem tollen motivierten Vorstandsteam; laßt uns gemeinsam den Wald wieder näher in das Blickfeld der Menschen herandrücken«, schloß Beyer die Mitgliederversammlung.

Fahrradfreundliche Kommune Eberswalde

Eberswalde (prest-ew). Eberswalde will eine fahrradfreundliche Stadt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, arbeitet die Stadtverwaltung seit dem Jahr 2013 unter der Beteiligung von interessierten Bürgern an einem Radnutzungskonzept. Um eine fahrradfreundliche Kommune zu werden, will Eberswalde aber auch über den eigenen Tellerrand hinaus schauen und im Erfahrungsaustausch von anderen lernen. Deshalb gehört die Stadt zu den Gründungsmitgliedern, die am 19. Mai im Rahmen des 4. Nationalen Radverkehrskongresses in Potsdam die Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundliche Kommunen Brandenburg (AGFK BB) gegründet haben. Am Gründungsakt nahmen unter anderem Brandenburgs Verkehrsstaatssekretärin Katrin Lange und Eberswalde Baudezernentin Anne Fellner teil. Aus Sicht des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung sollen in der Arbeitsgemeinschaft zukünftig folgende Fragen thematisiert werden: Wie läßt sich die Sicherheit im Radverkehr verbessern? Welche Herausforderungen bestehen bei Bau und Pflege von Radwegen? Wie kann der Radverkehr besser mit anderen Verkehrsträgern vernetzt werden? »Wir freuen uns über die neue Form der kommunalen Zusammenarbeit. Die Kommunen und Landkreise stehen oft vor ähnlichen Herausforderungen, die sie gemeinsam besser meistern können als allein. Wir hoffen auf neue Ideen und gute Praxisbeispiele, wie Radverkehr noch attraktiver gemacht werden kann. So wie kaum ein anderer Verkehrsträger, trägt der

Radverkehr zur Nachhaltigkeit bei. Gleichzeitig ist der Radtourismus zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor im Land geworden. Dies weiter zu fördern, ist eines unserer wichtigsten Anliegen«, so Katrin Lange.

Zu den Gründungsmitgliedern der Arbeitsgemeinschaft zählen neben der Stadt Eberswalde die Landkreise Dahme-Spreewald, Märkisch-Oderland, Potsdam-Mittelmark und Teltow-Fläming und die Städte Brandenburg an der Havel, Frankfurt (Oder), Potsdam, Luckenwalde, Neuruppin, Oranienburg, Perleberg und Treuenbrietzen. Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft ist der Landrat des Landkreises Dahme-Spreewald, Stephan Loge.

»Die Teilnahme an der Arbeitsgemeinschaft ist für uns ein weiterer Schritt, um Eberswalde zu einer fahrradfreundlichen Stadt zu machen. Wir haben ein sehr hohes Potenzial, um Eberswalde dort hin zu entwickeln. Bisher gibt es jedoch kein durchgängiges Netz. Aktuell stehen wir kurz vor der Fertigstellung des zukunftsweisenden Radnutzungskonzeptes. Wenn es dann an die Umsetzung der einzelnen Maßnahmen geht, kann es für uns nur von Vorteil sein, sich mit anderen Kommunen auszutauschen, die vor ähnlichen Aufgaben stehen oder die bereits bestimmte Maßnahmen umgesetzt haben«, so Anne Fellner, die Baudezernentin der Stadt.

In Eberswalde soll zukünftig die Radverkehrsinfrastruktur qualitativ und attraktiv verbessert werden, um den Radverkehr insgesamt weiter zu fördern.

20. Barnimer Umweltpreis

Eberswalde (b90). Anlässlich des Internationalen Tags der Umwelt am 5. Juni schreiben Bündnis 90/Die Grünen erneut den Barnimer Umweltpreis aus. Der Preis 2015 ist wieder mit einem Preisgeld in Höhe von 750 Euro dotiert, das vom Eberswalder Stadtverordneten Andreas Fennert aus Aufsichtsratsbezügen gestiftet wird. Ausgezeichnet wird besonderes ehrenamtliches Engagement, Eigeninitiative und Kreativität beim Schutz von Natur, Umwelt und Klima sowie in der Umweltbildung. Über die Preisvergabe entscheidet eine Jury aus Vertretern regionaler Umweltverbände, der Naturschutzverwaltung und von Bündnis 90/Die Grünen.

Im Jahr 2014 gingen die Preise an das Projekt »SafstraÙe Eberswalde« der Energie- und Kulturwendebewegung »WandelBar«, an die Bürgerinitiative »Biosphäre unter Strom« und an das Team des Hundetreffs »Bellodrom«.

Klimaschutzmanager

Eberswalde (prest-ew/bbp). Mit Jacob Renner hat die Stadtverwaltung Eberswalde seit dem 1. Juli einen Klimaschutzmanager eingestellt. In den kommenden drei Jahren wirkt er bei der Umsetzung der Maßnahmen mit, die im Klimaschutzkonzept enthalten sind.

Schildbürgerstreich



FOTO: JÜRGEN GRAMZOW

An der Obus-Haltestelle Breite Str./Leibnitzviertel (aus Richtung Nordend) führt ein gepflasterter Fußweg ins Nichts bzw. vor einen Zaun mit ausdrücklichen Verbotshinweisen. Nur nützen die herzlich wenig, weil man links und rechts vom Ein-Meter-Zaunstück trotzdem vorbeilaufen kann, z.B. über den grünen Rasen. So kann man Geld zum Fenster hinauswerfen!

JÜRGEN GRAMZOW

Bemerkung: Bereits 2007 wurden zur Verknappung der Parkflächen und deren besseren Vermarktung die Zufahrten zum Parkplatz mit Toren versehen, während zugleich an anderen Stellen Halteverbotsschilder aufgestellt wurden (BBP 8/2008). Seitens der Stadtverwaltung war jetzt zu erfahren, daß die städtische Wohnungsbau- und Hausverwaltungsgesellschaft (WHG) das Grundstück veräußert hat. Der neue Eigentümer ist die Corona GmbH. Inwieweit es zulässig ist, einfach den Zugang zu Haltestellen des Öffentlichen Nahverkehrs zu sperren, wird derzeit geprüft.

Nah-Ost-Expertin zu Gast bei Dagmar Enkelmann:

Zwei-Staaten-Lösung noch in weiter Ferne?

Am 31. Mai war im gutbesuchten »Treff 23« in Bernau eine ausgewiesene Nah-Ost-Expertin zu Gast. Die Begrüßung durch Prof. ANGELIKA TIMM erfolgte zunächst in Arabisch und in Hebräisch. Ein Einstieg in eine lebhafte Debatte mit der Wissenschaftlerin, die mehrere Jahre in Israel gelebt hat. Sie baute dort die Dependence der Rosa-Luxemburg-Stiftung auf, deren Vorsitzende Dr. DAGMAR ENKELMANN ist. Reichlich Gesprächsstoff für eine politische, aber auch persönliche Bewertung der Lage im Nahen Osten.

Seit Jahrzehnten beschäftigt sich die Wissenschaftlerin mit der Region. Von 1968 bis 1973 studierte sie Hebraistik und Arabistik an der Humboldt-Universität in Berlin und wurde 1976 mit einer Arbeit zur Geschichte Palästinas promoviert.

Wie es zu diesem exotischen Studienwunsch kam, wollte Dagmar Enkelmann gleich zu Beginn wissen. »Das Fernweh brachte mich dazu«, so die Tochter einer Geografielehrerin, die an der Geschwister-Scholl-Oberschule in Löbau/Sachsen das Abitur gemacht hatte. Dabei wurden für diesen Studiengang nur aller fünf Jahre jeweils fünf Studenten immatrikuliert. Dafür war das Studium, so schwärmt sie noch heute, individuell und sehr intensiv. Allerdings war die Sprachen-Ausbildung mehr auf das Lesen, Übersetzen und das Studium wissenschaftlicher Dokumente konzentriert. Direkten Austausch mit den Ländern in Nah-Ost gab es zu dieser Zeit kaum.

In diplomatischen Diensten

Das Kommunizieren in Arabisch lernte sie erst, so Angelika Timm, als sie 1977, mit dem ersten Dokortitel in der Tasche, den diplomatischen Dienst in der Botschaft der DDR im Irak als Konsulin antrat. Für eine junge Frau von 28 Jahren ohne praktische Auslandserfahrung ein schwieriges Amt. Und die Konfrontation mit einer Realität, die in den Studienfächern nicht vorgekommen war.

Kommunisten wurden damals auch im Irak verfolgt und eingekerkert. Unter ihnen viele, die in der DDR studiert hatten und mit deutschen Frauen und ihren Kindern in die Heimat zurück gekehrt waren. Die junge Konsulin versuchte zu helfen so gut es ging, den Frauen und ihren Kindern auf verschlungenen Wegen die Rückkehr in die DDR zu ermöglichen, denn diese hatten außer der familiären keinerlei Unterstützung im Irak zu erwarten. Nicht immer sei dies gelungen, so Angelika Timm. Denn zur Ausreise aus dem Irak brauchten die Frauen die Zustimmung ihrer Männer und die war nicht in jedem Fall zu erlangen.

Nach einem gemeinsamen diplomatischen Einsatz mit ihrem Mann in der DDR-Botschaft in Kairo kehrte Angelika Timm an die Humboldt-Universität zurück, um wieder wissenschaftlich zu arbeiten.

Das eine und das andere Israel

1985 durfte sie das erste Mal nach Israel reisen, um Recherchen für ihre wissenschaftliche Habilitationsschrift zum Thema Politik der sozialdemokratischen Bewegung in Israel zu sammeln. Dabei, so Angelika Timm, lernte sie das

eine, aber auch das andere Israel kennen. Das Land, das drei Kriege gegen seine arabischen Mitbewohner und Nachbarn führte, deren Gebiete eroberte und besetzte – aber auch das Land, daß Heimstatt für Juden aus aller Welt geworden, multikulturell ist und sich eine zivile, demokratische Verfassung gegeben hat.

Dieser Widerspruch gelte noch heute. 1987/88 habilitierte sie über die Politik Israels und war dann bis 1998 Dozentin und Leiterin des Seminars für Israelwissenschaften an der Humboldt-Universität. Nach der Wende initiierte sie einen neuen Studiengang für Israelkunde und Regionalwissenschaften der arabischen Welt mit, der großen Anklang fand. In den 90er Jahren wurden aus den ehemals fünf über hundert Studenten, die die Studienrichtung wählten. Angelika Timm war in ihrem Element. Doch leider wurde der Studiengang 1998 abgewickelt. Seit Jahren wird auf dem Gebiet an deutschen Universitäten bedauerlicherweise nicht mehr geforscht und gelehrt. Obwohl das angesichts der aktuellen politischen Lage mehr als notwendig wäre. Zurzeit versuche man an den Universitäten von Mainz und Heidelberg mühsam, Studiengänge wieder einzurichten, informierte sie.

Prof. Angelika Timm, als ausgewiesene Expertin, nahm Gastprofessuren in Haifa, den USA und der Freien Universität Berlin an. Hier forschte sie zum Wertewandel in der israelischen Zivilgesellschaft.

Luxemburg-Stiftung in Israel

»Wir waren froh«, so Dagmar Enkelmann, eine solche Expertin für die Rosa-Luxemburg-Stiftung zu gewinnen. Mit ihren Kontakten in die israelische Zivilgesellschaft, ihrem reichen Erfahrungsschatz und ihren fundierten Kenntnissen sowohl der israelischen, als auch der arabischen Geschichte und Gesellschaften war sie prädestiniert für den Aufbau und die langjährige Leitung des Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Tel Aviv seit 2009.

»Zunächst einmal war ich sehr überrascht«, so Angelika Timm, »wie präsent Rosa Luxemburg in Israel ist«. Es gab noch jüdische Einwanderer aus Deutschland, die jedes Jahr im Januar ihrer Ermordung als jüdischer, linker Sozialistin gedachten. Es gibt Übersetzungen ihrer Werke und Briefe in Hebräisch.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung setzte an dieser Tradition der Internationalistin an und führt sie fort mit Lesungen, Filmvorführungen, Informationen und internationalen Foren zu linken europäischen Bewegungen. Die Stiftung knüpfte Kontakte zu fortschrittlichen zivilgesellschaftlichen Vereinigungen in Israel und unterstützt deren Projekte. So z.B. das Zentrum für humanistische Erziehung, das sowohl



Foto: Margot Ziemann

an einem arabischen Gymnasium jüdische Geschichte und Kultur vermittelt, als auch an einem jüdischen Gymnasium die Ursachen von Gewalt und Krieg in der Region erforscht und verdeutlicht.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützte eine arabisch-israelische Schreibwerkstatt für Frauen. Die Frauen schrieben über ihre Erfahrungen, über ihre Ängste und ihre Hoffnungen, die sich nicht fremd sind, sondern eher gleichen. Daraus sei ein Buch entstanden mit dem Titel Lexikon des Friedens. »So versuchen wir Brücken zu bauen zwischen Völkern, wo immer wieder Gewalt und Krieg ausbrechen«, so Prof. Timm.

Wie sie die Chancen einer Zwei-Staaten-Lösung in der Region real einschätze, wurde die Expertin daraufhin befragt. »Solange es in der israelischen Gesellschaft keine Mehrheit für eine andere Politik gegenüber den Palästinensern gibt, wird es keine Zwei-Staaten-Lösung geben«, dämpfte Prof. Timm die Erwartungen. Die Furcht vor dem Verlust der Siedlungsgebiete führte gerade bei der letzten Knesseth-Wahl im März 2015 wieder dazu, daß die konservativen, nationalen Kräfte die Oberhand behielten. Man könne gegen die israelische Siedlungs- und Expansionspolitik sein, dürfe dafür aber nicht alle Bewohner Israels und alle Juden in Haft nehmen, betonte Angelika Timm.

Es gibt in der israelischen Gesellschaft inzwischen viele Gruppen, die eine Friedenslösung fordern. Diese müsse man unterstützen, was die Rosa-Luxemburg-Stiftung vor Ort tue. Das Existenzrecht Israels sei aber in jedem Fall anzuerkennen. Solange auch die palästinensische Gesellschaft in dieser Frage zerrissen sei, sei es trotz aller internationalen Unterstützung schwer, eine Zwei-Staaten-Lösung oder wenigstens eine Friedensregelung zu finden, unterstrich sie.

MARGOT ZIEMANN

Parteiaustritt nach 70 Jahren

Ein Gespräch der »Barnimer Bürgerpost« mit Dr. HELMUT KOCH

Warum machen Sie Ihren Austritt von der Linkspartei im Barnim und im Land Brandenburg zu einer öffentlichen Angelegenheit in der örtlichen Presse?

Meine Antwort ist kurz und grundsätzlich: Weil es in der zurückliegenden Zeit innerparteilich kaum möglich war, über solche Fragen, wie dem Umgang mit der Meinung der Mitglieder, Verletzungen der innerparteilichen Demokratie oder zur Kommunalpolitik und den Wahlunterlagen kritisch und konstruktiv zu diskutieren. Einst aktive Parteimitglieder sind deshalb bereits aus diesen Gründen ausgeschieden. Eine wesentliche Verantwortung dafür trägt der Kreisvorsitzende Sebastian Walter.

Sie bezichtigen in diesem Zusammenhang Sebastian Walter der Arroganz. Welche Gründe gibt es für einen solchen schwerwiegenden Vorwurf?

Ich möchte dies anhand meiner eigenen konkreten Erfahrungen beantworten. Ich habe vor und nach den schweren Wahlunterlagen der Linkspartei im Barnim versucht, deren Ursachen zu analysieren und Schlußfolgerungen für die Parteiarbeit vorzuschlagen. Das ist im Verlauf des Jahres 2014 in vier persönlichen Briefen an den Kreisvorsitzenden geschehen. In keinem Falle habe ich darauf eine Antwort erhalten geschweige denn Reaktionen feststellen können. Für die Kreisparteizeitung »Offene Worte«, der auch Sebastian Walter als Redaktionsmitglied angehört, schrieb ich zur Kommunalpolitik zwei sachliche und konstruktive Artikel. Sie verschwanden trotz Nachfrage bei Sebastian Walter ohne Antwort unveröffentlicht in den Schubkästen der Redaktion. Da ich aus Alters- und Gesundheitsgründen nicht mehr an Mitgliederversammlungen teilnehmen kann, habe ich dem Kreisvorsitzenden einen schriftlichen Diskussionsbeitrag mit der Post übersandt, mit der Bitte, ihn verlesen zu lassen. Er

ist angeblich nach sieben Tagen innerhalb von Eberswalde nicht angekommen. Er wurde nach dem Protest eines Mitgliedes am Ende der Versammlung noch verlesen. Man könnte solche Beispiele des Umgangs mit der Meinung von Mitgliedern noch fortsetzen.

Sie kritisieren in der Austrittserklärung schwere Verletzungen der innerparteilichen Demokratie. Was werfen Sie dem Kreisvorsitzenden konkret vor?

Ich möchte das anhand eines sehr treffenden Beispiels tun! Sebastian Walter hat nach den schweren Wahlunterlagen im Jahre 2014 den Mitgliedern der Kreisparteiorganisation eine kritische Versammlung versprochen, wo ohne Tabus über Ursachen geredet und Schlußfolgerungen gezogen werden sollen. Er hätte dort als Kreisvorsitzender auch Gelegenheit gehabt, seiner politischen Verantwortung gerecht zu werden. Eine solche Versammlung hat nie stattgefunden. Ich sehe hier eine grobe Verletzung der innerparteilichen Demokratie.

Was haben Sie an der Kommunalpolitik der Linken im Barnim auszusetzen?

Ich möchte zu dieser Frage voranstellen, daß ich wesentliche Ursachen für die schweren Niederlagen der Linkspartei im Barnim in ihrer Kommunalpolitik sehe. Statt die Rolle der Linkspartei als Opposition zu schärfen, wird hier im Gegensatz dazu ein sogenannter Kooperationsvertrag mit der SPD/CDU-Koalition abgeschlossen und damit die bisherige Kommunalpolitik in die falsche Richtung vertieft. Damit wird wirksame Opposition aufgegeben und gegen die Rolle eines Gehilfen der SPD/CDU-Koalition ausgetauscht. Das halte ich weiterhin für einen schweren strategischen Fehler in der Kommunalpolitik. Er beruht offensichtlich auf realitätsfremden Einschätzungen der Verantwortlichen. Glauben diese ernsthaft daran, daß sie nunmehr mit dieser Koope-

ration die Wahlziele ihrer Partei angeblich fast eins zu eins gegen ihre Wahlgegner durchsetzen können? Solche »Erwartungen« gehören wohl satirisch ausgedrückt in das Guinnessbuch der Rekorde.

Sie kritisieren auch indirekt das Verhalten der Landesschiedskommission – warum eigentlich?

Sebastian Walter ist nicht nur Kreisvorsitzender sondern auch Stellvertretender Landesvorsitzender der Linkspartei in Brandenburg. Ich habe deshalb eine umfassende Dokumentation zu seinem Verhalten dem Landesvorsitzenden zur Kenntnis gegeben und der Landesschiedskommission übersandt. Von dort habe ich nach einer energischen Nachfrage nach sieben Monaten eine Antwort erhalten. Sie lautet kurz zusammengefaßt: »Der Vorgang ist außer Kontrolle geraten« und die Landesschiedskommission findet sich dafür nicht zuständig. Ich möchte mir einen Kommentar dazu ersparen.

Wie sehen Sie ihre weitere politische Tätigkeit?

Ich war und bin weiterhin mit der gesamten Linkspartei eng verbunden und vertrete aktiv ihre Politik und Ziele. Dafür werde ich auch weiterhin eintreten. Wenn Sebastian Walter im übrigen im Barnim Echo ankündigt, das persönliche Gespräch mit mir suchen zu wollen, so sagt er bewußt die Unwahrheit. Ich lege Wert auf die Klarstellung, daß er während seiner gesamten Tätigkeit als Kreisvorsitzender nicht ein Wort mit mir gesprochen und auch keinen meiner zahlreichen Briefe beantwortet hat.

Barnimer Weg untauglich

Dr. HELMUT KOCH hat es sich nicht leicht gemacht. Nun ist er mit seinem anderen Verständnis von linker Politik in die Öffentlichkeit gegangen. Es ist ein letzter Versuch, die Barnimer Genossen zum Nach- und Umdenken zu bewegen. Mit meinem eigenen Austritt kurz vor den Kommunalwahlen 2003 war ich nicht in die Öffentlichkeit gegangen, um der PDS nicht zu schaden. Die Gründe meines Austritts lagen aber auf der gleichen Ebene.

Der von den Linken verfolgte »Barnimer Weg«, ein Weg auf dem »sich alle Abgeordneten nach den tatsächlich besten Argumenten und Ideen entscheiden können«, bedeutet, daß politische Grundpositionen und Ziele der Partei vor der Sachentscheidung in den Hintergrund treten. Also gewissermaßen die Selbstkastration der Partei. Nichts anderes bedeutet auch das von Sebastian Walter als Chance bezeichnete »Grundsatzpapier«, mit dem linke Ziele 1:1 umsetzbar sein sollen. Als hätten alle Unterzeichner des Grundsatzpapiers gleiche politische Ziele. Parteien sind aber gerade dadurch charakterisiert, daß sie »danach streben, politische Macht zu erringen, um ihre eigenen sachlichen oder ideellen Ziele zu verwirklichen« (Wikipedia). Dafür sehen die Barnimer Linken aber keinen Platz in der Kommunalpolitik und laufen damit Gefahr, sich selbst überflüssig zu machen.

Ich erkläre hiermit per 31.07.2015 meinen Austritt als Mitglied der Linkspartei des Kreisverbandes Barnim und des Landesverbandes Brandenburg. Ich bin und bleibe auch weiterhin mit der gesamten Linkspartei, ihrer Politik und ihren Zielen eng verbunden. Diese Entscheidung ist mir nach einer Mitgliederschaft von 70 Jahren – angefangen bei meinem Eintritt in die SPD 1945, über SED, PDS und Linkspartei – nicht leicht gefallen.

Ein wesentlicher Grund dafür ist die seit Monaten anhaltende Arroganz und die groben Verstöße gegen die innerparteiliche Demokratie durch den Kreisvorsitzenden Sebastian Walter. Die konkreten Fakten und Beweise dafür wurden der Landesschiedskommission übergeben. Von deren Vorsitzenden erhielt ich nach nunmehr sieben (!) Monaten die Antwort »daß er keine Möglichkeiten sieht im geforderten Sinne tätig zu werden«.

Ein weiterer wesentlicher Grund liegt in der Kommunalpolitik der Verantwortlichen der Linkspartei im Barnim, die seit langer Zeit durch ein unkritisches und duldsames Verhalten zur SPD/CDU-Koalition im Kreis gekennzeichnet ist. Das war auch ein Grund für die schweren Wahlunterlagen der Linkspartei im Barnim, die nicht nur einen großen Teil der Wählerstimmen sondern auch alle Direktmandate zum Bundes- und Landtag verloren hat. Eine von Sebastian Walter schriftlich zugesagte kritische Auswertung in einer Gesamt-Mitgliederversammlung hat seit neun Monaten nicht stattgefunden und wird wohl auch nicht mehr stattfinden. An Stelle, daß durch eine kritischere Oppositionshaltung das Profil der Linkspartei geschärft und die Unterschiede deutlich gemacht werden, wird die alte gescheiterte Linie in der Kommunalpolitik fortgesetzt und sogar in die falsche Richtung vertieft. Durch einen sogenannten Koalitionsvertrag im Kreistag wird an Stelle einer kritischen Opposition faktisch eine große Koalition mit SPD und CDU hergestellt. Damit wird die Opposition durch eine Rolle des Gehilfen der SPD/CDU-Koalition ersetzt. Ich kann eine solche Kommunalpolitik nicht länger mittragen.

Dr. HELMUT KOCH

Geschäftseinstieg

Barnim (bbp). Rund 1205 Asylbewerber sollen in diesem Jahr im Landkreis Barnim unterkommen, von denen bis Anfang Juli 350 eingetroffen sind. Die BRD-Regierung hat angesichts der steigenden Flüchtlingszahlen aktuell das Asylrecht verschärft. Das soll abschrecken und zugleich für einen schnelleren »Durchsatz« sorgen. Faktisch gibt es kaum noch durchsetzbare Asylgründe, da die BRD von »sicheren Drittstaaten« umgeben ist. Die Ablehnung von Asylanträgen mit anschließender Abschiebung wird so zur Regel. Die »Antiterrorkriege« in Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien und anderswo haben indes Flüchtlingsströme in Gang gesetzt, die für dauerhaften Nachschub an Asylbewerbern sorgen. Das Problem der Unterbringung einer zunehmenden Zahl von Flüchtlingen bleibt den Landkreisen also erhalten.

Der Landkreis Barnim stützt sich bei der Flüchtlingsunterbringung zunehmend auf externe Träger. Inzwischen haben auch bisherige Bildungs- und Betreuungsvereine, die aufgrund der demographischen Veränderung weniger Jugendliche zur Ausbildung und Betreuung zur Verfügung stehen, das Betreiben von Flüchtlingsunterkünften als Geschäftsfeld entdeckt. Pro Flüchtling stehen monatlich 230 € für die Unterbringung (Warmmiete) zur Verfügung. Hinzu kommen einmalige Investitionszuschüsse für den Bau bzw. die Herrichtung des entsprechenden Wohnraums.

Einer dieser neuen Träger ist das Evangelische Jugend- und Fürsorgewerk (EJF), das bis 2013 ausschließlich im Kita-, Behinderten und Seniorenbereich tätig war und nun in Oderberg ein neues Wohnheim für 80 Flüchtlinge baut. Das EJF wird auch die Betreuung des neuen Heims für 150 Flüchtlinge in der ehemaligen Waldarbeiterschule in Bernau-Waldfrieden übernehmen. Im Eberswalder Raum sind es der Buckow e.V. und der Berufsbildungsverein (BBV), die in die Flüchtlingsbetreuung einsteigen. Der Buckow e.V. greift dafür auf seine Wohnheime in der Bergerstraße und im Lichtenfelder Ortsteil Buckow zurück. Bereits seit August 2014 betreuen die Buckower außerdem Flüchtlinge in ihren Einrichtungen im Brandenburgischen Viertel in der Spreewaldstraße und in Finow in der Schönholzer Straße. Insgesamt will der Verein 70 Plätze zur Verfügung stellen. Zusätzlich wird der Träger im Brandenburgisches Viertel bereits in Wohnungen lebende Flüchtlinge beraten und unterstützen. Der BBV soll für die Unterbringung von 20 bis 50 Flüchtlingen das von ihm betriebene Hotel »Finesse« in der Angermünder Straße in Eberswalde nutzen.

Das neue Geschäftsfeld sichert den Bestand der gemeinnützigen Träger auch für die nächsten Jahre, stellt aber zugleich auch erhebliche Anforderungen an das Personal, mit den neuen Aufgaben fertigzuwerden und die notwendigen sprachlichen und sozialen Kompetenzen für den Umgang mit Flüchtlingen zu erwerben.

Kitschkiste mit Abortcharakter

Ein Besuch des »DDR-Museums« in Berlin-Mitte

Viel hatte ich eigentlich nicht erwartet. Ein bißchen in Ostalgie schwelgen. dachte ich mir, ein paar Erinnerungen auffrischen. Das erste: der Eintrittspreis – 7 Euro! Ganz schön happig. Man bekam ein Billett, das man unter einen Scanner halten durfte; erst dann zeigte der Automat auf GRÜN und man durfte passieren. Genau das gleiche Procedere, wenn man im Berliner Hauptbahnhof ein gewisses Örtchen aufsuchen muß.

Drinne, unten im Museum, ist es dunkel. Und voll. Mindestens zwei französische Schulklassen bevölkern die engen Räumlichkeiten. Ein Trabant, in den man sich reinsetzen kann. Eine blaue Simson-Schwalbe. Und überall merkwürdige Schränke. Oben drin ein paar thematische »Fossilien« wie Taschenrechner oder Spee-Waschmittel, und unten im Schrank sind Schubladen, zum Aufziehen, mit weiteren Dingen oder Erklärungen. Aber kaum jemand liest die Erklärungen. Die Schüler schon gar nicht. Man kommt sich vor wie in einem Fundbüro, das in ein Museum umgewandelt wurde. »Museum« ist vielleicht auch nicht der richtige Ausdruck. Dadurch, daß all diese Artefakte getrennt von ihrer historischen Bedeutung gezeigt werden, bewußt frei von ideologischer Umrahmung, oft sogar zum Berühren und herumspielen einladen, dadurch schleicht sich beim Betrachter, der die DDR selber erlebt hat, ein Gefühl des Kitsches ein. Und schlimmer: Hier soll die DDR nicht gezeigt werden, sondern hier soll sie lächerlich gemacht werden.

Der erste sozialistische Staat auf deutschem Boden als Witzfigur der Geschichte. Das ist die heimliche Botschaft dieser ganzen Ausstellung. Natürlich, die jungen Menschen haben ihren Spaß, aber begreifen nicht die Bohne, was das



Foto: GERO MARMANN

für ein Land war. Abhörzimmer und Gefängniszelle (Foto) durften, ohne Frage, hier nicht fehlen. Genausowenig wie Wohnzimmer, Küche und Badezimmer, das – man beachte – ein Wasserklosett besaß! Auch die Gefangenen hatten eine eigene Toilette in ihrem Kerker.

Während im Wohnzimmer das Westfernsehen mit »Derrick« läuft, fläzen sich die jungen Franzosen auf dem Sofa und schießen Selfies am laufenden Band, setzen sich manchmal Kopfhörer auf, die an den Schränken hängen oder belustigen sich über die große Schauwand zum Thema FKK im Osten. Hier, im DDR-Museum an der Karl-Liebknecht-Straße kann man alles machen, nur eines nicht: Respekt vor der Geschichte bekommen. Es ist ein Unterhaltungsort, eine Geschichtsparodie, kein Ort für seriöse Betrachtungen.

Geschichte erleben, das sollte man woanders – nur nicht in diesem Gruselkabinett, das aus dem Untergang eines Staates klingende Münze machen will.

JÜRGEN GRAMZOW

Deutsche Soldaten im Ausland?

Das gab es schon, daß deutsche Soldaten in fremde Länder geschickt wurden. Vor 70 Jahren endete der zweite Versuch des deutschen Kapitals, zur Weltherrschaft zu kommen, in der Katastrophe. Haben die Deutschen aus den Niederlagen und Opfern nichts gelernt?

Die Liste aktueller Auslandseinsätze der Bundeswehr ist lang: Kosovo, Afghanistan, Usbekistan, Libanon, Türkei, Irak, Westsahara,

Rettet Leben

Rüstungsproduktion, Waffenhandel, Forschung nach immer mehr Massenmordwaffen. Die ewigen Kriegstreiber bringen mit den von ihnen so beliebten Drohnen weltweit großes Entsetzen. Sollten die Hinterbliebenen dieser Opfer bald ebenfalls Drohnen besitzen, dann gnade uns Gott. Den General, der behauptet Drohnen retten Leben, müßte man aufs Maul schlagen. Frieden für alle Menschen auf Erden.

Dazu steht die rote Oma

Mali, Senegal, Liberia, Zentralafrikanische Republik, Nordsudan, Südsudan, Djibouti, Somalia, Kenia, Seychellen. Dazu Dauereinsätze der Marine im Mittelmeer und am Horn von Afrika sowie Luftwaffenpräsenz im Baltikum und über Island. Bisher kamen 103 Soldaten der Bundeswehr bei Auslandseinsätzen ums Leben. Sicherer ist die Welt durch diese Auslandseinsätze nicht geworden. Im Gegenteil.

Die Soldaten aus Deutschland werden in den Ländern, wo sie hingeschickt werden, wie ihre Großväter und Urgroßväter als fremde Besatzer angesehen und als solche bekämpft. Zu den Millionen Toten zweier Weltkriege kommen neue Opfer dank Merkel und von der Leyen. Wann wird die Menschheit diesen Kapitalismus, der immer wieder an den Kriegen interessiert ist und kräftig verdient, verjagen und endgültig vernichten. Ich bin dann mit dabei.

Möge jeder Deutsche sich dafür einsetzen, daß nie mehr ein deutscher Soldat in fremde Länder befohlen wird. NORBERT GLASKE

Gold für einen Gnadenlosen

Gegen die Rollen, die er spielte, war James Bond ein Muttersöhnchen. Die paar Worte, die er in seinen Filmen zu sprechen hatte, konnte man zählen; die Leichen nicht.

Mit der Mimik einer Comicfigur ausgestattet, richtete er seine ununterbrochen feuernden Schießgeräte gnadenlos auf alles, was auch nur die Andeutung einer Gegnerschaft wagte. Er – einem Roboter in seiner Körperlichkeit ähnlich – wütete unter seinen Feinden wie ein Hurrican im Maisfeld; er erfand das Abknallen als Fließbandarbeit. Was nicht zu erschießen war, wurde erdrosselt, erstochen, ersäuft oder samt Straßenkreuzer in die Luft gejagt; nie zeigte er Gefühle außer dem einen: Lust, unbändige Lust. Und zwar am Morden. Wer in seine Klauen oder vor die Mündung seiner Maschinenpistolen geriet, war von den Filmemachern so zurechtgemacht, als hätten sie sich in Rassenkundefibeln oder physiognomischen Schundschriften der Nazis bedient. Schlitzzäugige Chinesen, flachstirnige Mexikaner, Kleingangster mit brutalem Unterkiefer, schielende Russen, verschlagen blickende Mafiosi. So wurde eine entsetzliche Legitimation des menschenverachtenden Aktionismus versucht und suggeriert, daß es rechtens sei, die Welt von diesem Abschaum zu befreien.

Kein Wunder, daß der Mann, der später zum Gouverneur von Kalifornien gemacht wurde, das Idol der in Vietnam kämpfenden GIs war.

Und vor kurzem geehrt wurde mit der »Goldnen Kamera« für sein Lebenswerk. Vorher gab es einen Zusammenschritt der übelsten Filmszenen zu sehen, die »Ami« Schwarzenegger gedreht hatte.

Und alle, alle im Festsaal erhoben sich und spendeten dem Mann fürs Grobe schier endlos

sen Beifall. Die Creme der deutschen Film- und Showbranche feierte einen Mann, dessen schauspielerisches Talent auf zwei besonderen Gaben beruht, nämlich auf einer totalen Unfähigkeit, mimische Mittel zu beherrschen, und dem permanenten Vorzeigen seiner Oberarmmuskulatur, die ausreichte, zwei Oberschenkel eines Normalmenschen zu bilden.

Nun soll und darf man bekanntlich gespielte Rollen nicht mit der Figur zu verwechseln, die einer im zivilen Leben lebt. Keiner wird auf den Einfall kommen, Armim Müller-Stahl mit dem von ihm verkörperten Stasi-Agenten Detjen zu verwechseln, und Rolf Hoppe, der im »Mephisto« Hermann Göring gab, ist privat ein sanfter und umgänglicher Mensch.

»Ami« hingegen legte großen Wert darauf, eben diese Distanz zwischen Fiktion und Realität zu ignorieren; er sah sich so wie der Terminator, getreu der Parole, daß Hartsein zum ganzen Kerl gehöre.

Die unbedarfte Andrea Kiewel drückte ein paar Tränen der Ergriffenheit ab, Kerner klatschte sich die Hände wund, Dietmar Bär ließ sich zum Affen machen, der unvermeidbare Axel Schulz nahm die Fackelmann-Mütze vom Schädel, Jan Josef Liefers machte auf Begeisterung, und die üblichen Blondinen zückten verklärte Blicke zur Bühne, als der graue Star begann, Ratschläge in Sachen Vorwärtskommen und maskuliner Tüchtigkeit zu erteilen, was sich Dankrede für die Goldene Kamera nannte.

Wahrlich – eine große Stunde und eine, in der der Geehrte ausnahmsweise nicht um sich schoß. Gedenket der jubelnden deutschen Show-»Elite« in stiller Wut und fürchtet euch.

Dr. STEFFEN PELTSCH

Kreiswerke als Projekt für die Zukunft

Eberswalde (prest-bar/bbp). Ist die Gründung von Kreiswerken ein sinnvolles Vorhaben? Diese Fragen gingen die Wissenschaftler Kurt Berlo und Oliver Wagner vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie bei einem Vortrag in Eberswalde nach.

Im Bildungsbürgerzentrum Amateu Antonio stellten sie dabei den Gästen aus Politik und Wirtschaft die Vorteile vor, beleuchteten gleichzeitig aber auch die Probleme. Zudem gaben sie Auskunft über den Prozeß bis zur eigentlichen Gründung der Kreiswerke. »Es gibt ein großes Paket an Maßnahmen, mit denen die Konzessionsinhaber der Strom- und Gasnetze versuchen, die Gründung von Kreiswerken zu behindern«, faßten sie zusammen. Aus ihrer Sicht sei eine Gründung dennoch sinnvoll. »Die Wert-

schöpfung bleibt in der Region und kommt den Bürgern zugute«, erklärten sie. Für Landrat Bodo Ihrke, der durchaus auch kritische Punkte sah, war die Veranstaltung ein Einstieg in die Diskussion. »Es ist in dem Vortrag vieles sehr zugespitzt formuliert worden und provoziert Widerspruch. Aber das ist gut, denn auf diese Weise werden die vielen Ebenen eines solchen Themas auch kontrovers beleuchtet«, sagte er und lud alle Barnimer ein, sich an der Diskussion über die Gründung von Kreiswerken zu beteiligen. Der Kreistag hatte im Februar eine Machbarkeitsstudie beschlossen. Der Auftrag wurde durch die Barnimer Energiegesellschaft erteilt. Im September sollen die ersten Ergebnisse vorliegen. Diese werden dann ebenfalls wieder öffentlich vorgestellt und diskutiert. »Dann haben wir belastbares Zahlenmaterial«, zeigte sich der Landrat zuversichtlich.

Entgegen dieser Aussage wurde die Machbarkeitsstudie bereits am 8. Juli auf einer gemeinsamen von zwei Ausschüssen des Kreistages vorgestellt.

Volkssolidarität verjüngt sich

Eberswalde (vs). Anlässlich der Kreisdelegiertenkonferenz am 2. Juni im Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio in Eberswalde wählten die Delegierten der Volkssolidarität Barnim ihren neuen Kreisvorstand. Die langjährige Kreisvorsitzende GERDA FISCHER gab ihr Amt aus Altersgründen nach 23jähriger Amtszeit ab. Zum neuen Kreisvorsitzenden der Volkssolidarität Barnim e.V. wurde der Bernauer Anwalt CARSTEN SCHMIDT gewählt. Weiterhin gehören dem neuen Kreisvorstand ANGELIKA SEELIGER, WINFRIED BOHN, ELKE HUHNS und BÄRBEL EICHENTOPF an.

Der für vier Jahre gewählte Kreisvorstand bestimmt die Geschicke der etwa 220 Angestellten der Volkssolidarität Barnim e.V. Die Mitarbeiter engagieren sich mit großem persönlichen Einsatz in sozialen, pflegerischen und erzieherischen Einrichtungen des Barnim. Unter dem Dach des Barnimer Wohlfahrtsverbandes sind 3.350 Mitglieder in 59 Ortsgruppen mit einem Wirkungsbereich von Blumberg bis Oderberg organisiert.



Der neugewählte Kreisvorsitzende der Volkssolidarität Barnim e.V. Carsten Schmidt.

Weihnachtsmarkt im Kiez

Eberswalde (bbp). Der 12. Weihnachtsmarkt im Brandenburgischen Viertel wird voraussichtlich in Zusammenarbeit mit der Bildungseinrichtung Buckow e.V. organisiert. Darüber informiert Quartiersmanagerin Johanna Johne die Mitglieder des Sprecherrates »Soziale Stadt«. Für den am 13. Dezember 2015 auf dem Potsdamer Platz stattfindenden Weihnachtsmarkt werden 3.000 Euro beim Kulturamt zur Förderung kultureller Höhepunkte in den Eberswalder Orts- und Stadteilen beantragt. Johanna Johne erklärt, daß das Format des letzten Weihnachtsmarktes auf dem Potsdamer Platz weiter verfolgt werde. Nach Klärung der Trägerschaft werde als nächstes die Spendenakquise in Angriff genommen. Unterstützt wird das Quartiersmanagement dabei vom Stadtverordneten und ehemaligen Ortsvorsteher des Brandenburgischen Viertels Carsten Zinn, der bereits entsprechende Kontakte mit potentiellen Sponsoren geknüpft hat.

Barnimer Bürgerpost

abonnieren!

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
Tel.: 0 33 34 / 35 65 42, Fax: 0 33 34 / 25 92 10

Kunst im Heeresbekleidungsamt 6. Flußbadetag



FOTO: THOMAS TOBLER

Das Projekt KONTEXT LABOR BERNAU hat sich im Sommer 2015 zum Ziel gesetzt, das 1939 von den Nationalsozialisten erbaute und zwischen 1945 und 1994 von der Sowjetarmee bzw. russischen Armee genutzte Heeresbekleidungsamt für zweieinhalb Monate zu beleben. Das historisch schwer beladene Bauensemble bekommt als Wohnsiedlung bald neues Leben verliehen. Bevor dies geschehen soll, verwandeln hier Künstlerinnen und Künstler das Haus 1 temporär zu einem Ort der Kunstpro-

duktion und Bildung, einem Ort des künstlerischen Geschehens. Mehrere Seminare des Studiengangs Art in Context finden hier statt, und eine Gruppe KünstlerInnen arbeitet über vier Wochen hinweg vor Ort. Das Projekt dauert noch bis zum 13. September.

Projekte: Mitmachstadt Bernau, Zuhören II, Na zdorovej, Kanäle sie mäandern, Wasch-wasch Fest, Operation Klinker, Kritischer Aufbau, Freie Parzelle Residenz, Laß mich Dein Spiegel werden – Bernau. (www.kontext-labor-bernaul.de)

THOMAS TOBLER

Am 12. Juli hatten Bündnis 90/Die Grünen und das Planungsbüro Flußkontakt zum 6. Flußbadetag am Finowkanal in Eberswalde eingeladen. Von 14 bis 17 Uhr herrschte am Messingwerkhafen in Finow wieder Strandatmosphäre. Mehrere Vereine und Initiativen boten Informationen zu Tourismus, Gewässerschutz und Leben am Finowkanal. Kinder hatten die Möglichkeit unter Anleitung mit Keschern auf Safari gehen, Kanu fahren oder an einem großen Bild malen. Für Unterhaltung und Wohlbefinden sorgten die P&F Blues Company und die Biobäckerei Dellinger.

Der Europäische Flußbadetag findet seit 2005 jährlich Anfang Juli statt. In diesem Jahr wurden an mehr als 300 Standorten in ganz Europa Aktionen für saubere Flüsse gestartet. Um 15 Uhr erfolgte überall gleichzeitig der »große Sprung«, der »Big Jump«, ins kühle Naß.

2015 ist ein wichtiges Jahr. Gemäß der europäischen Wasserrahmenrichtlinie sollten eigentlich alle Oberflächengewässer in gutem ökologischen Zustand sein. Man sollte überall schwimmen können, wo keine Sicherheitsrisiken bestehen. Leider erreichen in den meisten europäischen Ländern lediglich 30-50 % der Gewässerabschnitte die geforderte Qualität.

Auch der Finowkanal ist davon noch weit entfernt. Das fließende Wasser hat inzwischen eine gute Qualität. Aber gefahrloses Baden ist aufgrund der Giftbelastung im Sediment am Kanalboden in großen Abschnitten bisher nicht möglich. Daher bleibt unsere Forderung nach einem sauberen Finowkanal weiterhin aktuell.

KAREN OEHLER

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

- Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten)
- Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

Angebote im »Bahnhofstreff« Finow:

Die ehrenamtliche Bibliothek Finow offeriert von Montag bis Freitag eine Vielzahl von Angeboten aus Belletristik, Reise- und Kinderliteratur.
»Bahnhofstreff« Finow: Tel. 03334-383586

Impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon/fax: (0 33 34) 35 65 42 / 25 92 10

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: bbp-forum+subscribe@googlegroups.com

redaktion: Gerd Markmann

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 16. Juli 2015

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 13. August 2015.